

Heft 162

Ausgabe 2 | 2008  
ISSN 0170-461  
K 5361  
5,00 Euro



# spw



■ Pro und ■ Contra:  
Zusammenarbeit  
mit Linkspartei  
Franziska Drohsel vs.  
Klaas Hübner

## „Who cares about care?“

Interview mit  
Siegfried Sauer  
Sympathiewelle für  
Warnstreiks

Ute Behning  
Wer sorgt für wen?

Cornelia Heintze  
Warum Finnland spitze ist

## Kurzum | von Thomas Westphal

» Das ist der Widerspruch dieser Tage: In Zeiten großer Dynamik und gewaltiger politischer Veränderungen gewinnen die Statiker und Bewahrer in allen Parteien die Oberhand. Die Statiker stellen simpel fest: „Die Partei Die Linke verändert das Parteiensystem, wir haben jetzt ein Fünf-Parteien-System, machen wir etwas daraus!“ Die Bewahrer sind noch einfacher gestrickt: „Die Linke hat sich nicht weiter zu etablieren! Wenn niemand mit denen agiert, verschwindet sie von ganz allein.“ Die Statiker verwechseln Ursache und Wirkung und knicken bei der Machtfrage ein. Die Bewahrer erklären feierlich, dass sie in Erwägung ihrer Ohnmacht nunmehr beschlossen haben, ihrem Wunschdenken mehr zu glauben als der Realität.

**Kurzum:** Es ist nicht der Einzug der Linken in westdeutsche Landesparlamente, der das Parteiensystem verändert, sondern umgekehrt, der Erdbeben in den Grundströmungen des alten westdeutschen Parteiensystems hat die Linke in die Parlamente getragen.

» Schauen wir hinter die Kulissen der Parteitagsbühnen. Die politischen Grundströmungen der Nachkriegszeit, die in Westdeutschland bis tief in die 90er Jahre wirkten, haben sich zerlegt. Die einst mächtigen „Wohlstandspatriot“ mit AnhängerInnen aus der AfA, dem Seeheimer Kreis, der CSU, traditionellen GewerkschafterInnen und dem Sozialflügel der CDU sind mit dem Aufstieg des Globalisierungs-Diskurses von den ModernisiererInnen aufgefressen worden. Die Erbgemeinschaft teilen sich (mit mehr als fragwürdigen Auftritten) Jürgen Rüttgers, die sozialdemokratische Parteilinke und der WSAG-Flügel der Linkspartei.

Die starke Gegenströmung zu den Wohlstandspatrioten wurde in den frühen 90er Jahren die Strömung der „Ökoliberalen“. Angeführt von den Brandt-Enkeln und gestärkt aus den ersten Erfahrungen junger rot-grüner Landesregierungen lösten sie die etablierten Blöcke ab. Mit dem Sieg bei



↳ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Weinheim.

Foto: privat

der Wahl 1998 begann jedoch auch der Niedergang dieser Strömung. Was mit Neuer Mitte, Ökosteuer und dem aktivierenden Staat begann, starb seinen schnellen Reformtod mit den Hartz-Gesetzen. Fritz Kuhn übt sich derweil als aktiver Insolvenzverwalter dieser einst lebensfrohen Strömung.

**Kurzum:** Der Zerfall der Grundströmungen hat die AnhängerInnen aus den Schichten der Ausgegrenzten und Deklassierten ebenso politisch heimatlos gemacht wie die kritisch engagierten Mittelschichten und die desillusionierten Hedonisten. Die Linkspartei sammelt diese Heimatlosen nun verstärkt unter ihrer Fahne.

» Für eine Machtperspektive links von der Union wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob sich ein neuer Kern in der SPD findet, der bereit ist, die politische Dynamik aufzunehmen und aktiv neue ideologische Ankerstellen für eine „Fortschrittskoalition“ aufzubauen. Dabei wird es um nicht weniger gehen, als um eine Neuformulierung einer Strategie der „mixed economy“. Also um ein neues Verhältnis globaler Märkte, staatlich forcierter Innovation und gesellschaftlicher Teilhabe.

**Kurzum:** Wir brauchen ein zweites Crossover-Projekt für eine Fortschritts-Agenda der „Neo-ReformerInnen“.

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

### HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)  
 Jutta Blankau (Hamburg)  
 Klaus Dörre (Jena)  
 Iris Gleicke (Schleusingen)  
 Michael Guggemos (Berlin)  
 Michael R. Krätke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Berlin)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Florian Pronold (Deggendorf)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 Renè Röspehl (Hagen)  
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Claudia Bogedan  
 Björn Böhning  
 Cordula Draut  
 Sebastian Jobelius  
 Oliver Kaczmarek  
 Bettina Kohlrausch  
 Anja Kruke  
 Lars Neumann  
 Dorothea Steffen  
 Thilo Scholle  
 Stefan Stache  
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:  
 Reinhold Rünker

### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon 0231 - 2 02 00 11  
 Telefax 0231 - 2 02 00 24  
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

### Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin  
 Telefon 030 - 4 69 22 35  
 redaktion@spw.de, www.spw.de

### Geschäftsführung:

Robin Baranski  
 Hans-Joachim Olczyk  
 Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.  
 Jahresabonnement Euro 39,-  
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)  
 Auslandsabonnement Euro 42,-  
 Abbestellungen mit einer Frist von drei  
 Monaten zum Jahresende.  
 ISSN 0170-461 - K 5361  
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2008.  
 Alle Rechte vorbehalten.

### Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,  
 Düsseldorf

### Titelfoto:

www.fotolia.de, © Claus Mikosch

### Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1.-3. Tausend, März 2008

## ■ Meinung

Wir sind Kraft-Zentrum der SPD   Björn Böhning	4
Steuerskandal – endlich handeln!   Wolfgang Rhode	5
Bildungschancen sind der Schlüssel gegen Kinderarmut   Christel Humme	7
DB AG: neues Privatisierungsmodell, alte Probleme   Hermann Scheer	8
Öffentliche Güter, mit der besseren Qualität   Ernst-Dieter Rossmann	9
■ Pro: Zusammenarbeit mit Linkspartei   Franziska Drohsel	10
■ Contra: Zusammenarbeit mit Linkspartei   Klaas Hübner	11
Sympathiewelle für Warnstreiks   Interview mit Siegfried Sauer zur Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst	12

## ■ ■ Im Fokus: „Who cares about care?“

Einleitung zum Schwerpunkt   Claudia Bogedan, Cordula Draut, Cosima Ingenschay, Barbara König	14
Wer sorgt für wen?   Ute Behning	17
Wer schließt die Dienstleistungslücke im Privathaushalt?   Claudia Gather	21
Pflegereform und Pflegezeitgesetz   Hannelore Buls	25
Ein Jahr Elterngeld   Barbara König	28
Warum Finnland Spitze ist   Cornelia Heintze	32
Gute Arbeit – oder: Etwas Besseres als eine Festanstellung finden wir allemal?   Streitgespräch: Yasmin Fahimi, Sebastian Sooth	36
Literaturschau   Claudia Bogedan, Stefan Stache	40

## ■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus   Alexandra Kramm	41
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Steuerflucht und Steueroasen   Arne Heise	42
Nachhaltigkeit erfordert politische Einmischung   Mathias Lomb, Horst Peter	44
Für eine Neuordnung der Agenda nationaler und internationaler Politik   Matthias Machnig	47
Gesundheitsfonds nicht SPD-kompatibel   Fritz Riege	50

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Mitgliederversammlung und Bund-Länder-Treffen des Forum DL21, Strategiekonferenz, Tagung des Kasseler Kreises, spw-Frühjahrstagung 5 Fragen an ... Paul Levi	54 58
---	----------

## Wir sind Kraft-Zentrum der SPD

von Björn Böhning

» In der SPD sind noch in den letzten Tagen vor und erst recht nach der Wahl in Hamburg heftige Diskussionen entbrannt. Vermeintliche Wortbruch-Vorwürfe, wahlweise moralisch oder politisch gemeint, sind in den Mündern politischer Freunde und Gegner. Dabei kaschiert diese aufgeregte Medienwelle drei zentrale politische Felder:

Erstens war das Ergebnis der SPD in Hamburg so schlecht nicht. Mit den deutlichen Stimmenzuwächsen der SPD und dem Verlust der absoluten Mehrheit der CDU ergibt sich die Möglichkeit, in Hamburg wieder in den Senat einzuziehen. War die SPD in den letzten Jahren stetig in einem 30%-Turm gefangen, so ist sie nun wieder in der Lage für Wahlergebnisse deutlich über dieser Marke zu mobilisieren. Das hat gerade in Hamburg und auch in Hessen mit einer Partei zu tun, die wieder zu neuem Selbstbewusstsein gefunden hat und offensiv in ihre Wählermilieus hineinwirkt. Die Ergebnisse des Parteitag in Hamburg haben dazu erheblich beigetragen.

Zweitens ist der aufgeregte Streit um die Zusammenarbeit mit der Linkspartei darin geschuldet, dass die SPD sich der Beantwortung dieser strategischen Frage konsequent verweigert hat. In einem Fünf-Parteien-System ist es für eine Gestaltungspartei wie der SPD ohne Alternative, dass sie auch solche Konstellationen in die Regierungsbildung einbeziehen muss. Wer davor die Augen verschließt, ist machtvorgessen und gerade die ultraprägnante Parteirechte sollte sich über diesen Umstand nicht zu sehr aufregen. Der SPD fehlt es aber an einer klassischen Doppelstrategie: Sie muss zum einen mit der rot-rot-grünen Machtopion einen pragmatischen Umgang finden. Zum anderen muss sie für sich programmatisch klären,

wie sie die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei wieder für sich gewinnt. Denn wer dieses Spektrum aufgibt, gibt auch den Anspruch der Volkspartei sukzessive auf.

» Die Voraussetzungen für ein breites Wählerspektrum werden daher drittens in den kommenden Monaten gelegt. Es geht um das Themenspektrum, mit dem die SPD in den Wahlkampf zieht. Dafür wird es nicht ausreichen, einfach populäre Themen zu addieren und daraus ein Wahlprogramm zu zimmern. Gleichzeitig ist das Problem der SPD nicht das eines zu engen inhaltlichen Spektrums, wie manche Rechte in der Partei gerne auf ihrer Suche nach einer nebulösen „Mitte“ behaupten. Vielmehr muss die Partei über das Feld der „Guten Arbeit“ den Abstiegsängsten der Mittelschichten begegnen und deutlich machen, wie sie „Wohlstand und sozialen Aufstieg für alle“ ermöglichen will. Das ist der SPD in Hessen durchaus gelungen. Sie muss dazu ein modernes Verständnis von Industriepolitik zwischen Kreativwirtschaft und grüner Technik ebenso entwickeln, wie das Versprechen nach sozialer Gerechtigkeit einlösen.

Dieses Versprechen stand in den letzten Jahren nicht im Mittelpunkt der Politik. Erst der Prozess um das Grundsatzprogramm und die Beschlüsse des Hamburger Parteitages haben der SPD ihr Zentrum finden lassen. Das waren die Voraussetzungen für Wahlerfolge, nicht der Abschied davon. Auch wenn es manche nicht wahrhaben wollen: Die Parteilinke ist das Kraft-Zentrum der SPD. ■



↳ Björn Böhning, ist SPD-Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Forum DL21 e.V. sowie Mitglied der spw-Redaktion. Er arbeitet als Leiter der Grundsatzabteilung beim Regierender Bürgermeister von Berlin.

Foto: Ralf Höschele

# Steuerskandal – endlich handeln!

von Wolfgang Rhode ■ ■

» Der Steuerskandal schlägt hohe Wellen. Doch dürfen sich die Konsequenzen nicht allein auf bloße Empörung beschränken, notwendig sind wirksame Kontrollen. Das Ausmaß der Steuerhinterziehung ist enorm. Das internationale Netzwerk für Steuergerechtigkeit schätzt, dass weltweit zwölf Billionen Dollar in Steueroasen angelegt sind. Die Missstände sind lange bekannt. Im Bundesfinanzministerium werden Maßnahmen wie eine Quellensteuer für Geldströme in Steueroasen diskutiert. Ein richtiger Ansatz, aber warum ist so lange nichts passiert? Fehlende Steuerehrlichkeit ist ein Problem, das von Reichen in diesem Land verursacht wird. So braucht die Mehrheit der Bevölkerung keine Angst vor dem „gläsernen Steuerbürger“ zu haben. Arbeitnehmern wird die Steuerschuld schon unmittelbar vom Gehalt abgezogen. Raum für faule Tricks gibt es da kaum. Dieses einfache Prinzip stärkt die Steuermoral.

In die falsche Richtung geht die ab 2009 geltende Abgeltungsteuer. Anstatt Kapitalerträge nach dem individuellen Steuersatz des Anlegers zu bewerten, sind künftig nur noch pauschal 25% fällig. Faktisch wird Privatanlegern ein großes Steuergeschenk unterbreitet. Bedenklich auch die Nebenwirkungen! Die aktuellen Betrugsfälle hätten nach dem neuen Recht gar nicht mehr entdeckt werden können, weil in der Steuererklärung entsprechende Kapitaleinkünfte künftig nicht mehr vorkommen.

## □ 5 Maßnahmen gegen Steuerbetrug

1. Notwendig sind obligatorische Kontrollmitteilungen der Banken an die Finanzämter. In den USA gehören Kontrollmitteilungen über Kapitaleinkünfte zum Alltag, diesem Beispiel sollte Deutschland folgen.

2. Die Steuerbehörden brauchen mehr Personal. Wir fordern in unserem Steuerkonzept 1.000 zusätzliche Steuerfahnder. Die Investition in mehr Personal rechnet sich. Im Schnitt bringt ein Fahnder einen zusätzlichen Steuerertrag von einer Million Euro.

3. Bei schwerer Steuerhinterziehung muss statt einer Geld- die Gefängnisstrafe obligatorisch gemacht werden. Selbstanzeigen sollten auch nicht mehr möglich sein. Nadelstreifenanzug und Gefängniskluft sind ein starker Gegensatz, das schreckt ab.

4. Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern müssen eindeutig geregelt werden. Eine intensive Steuereintreibung ist wegen der schiefen Anreizstruktur oft nicht gewünscht, da die Länder nicht direkt von einer erfolgreichen Arbeit ihrer Steuerfahnder profitieren. Statt mit einer laschen Verwaltungspraxis Standortpolitik zu betreiben, sollte allein der Bund zuständig werden.

5. Steueroasen gehören ausgetrocknet. Die EU-Zinssteuerrichtlinie mit ihren vielen Ausnahmen ist ein zahnloser Tiger. Stiftungen, ein zentraler Bestandteil des „Liechtensteiner Geschäftsmodells“, erfasst die Richtlinie überhaupt nicht. Verweigert sich ein Land der Kooperation gegen Steuerbetrug, sind Sanktionen eine angemessene Antwort. Auch hier zeigt die USA, was möglich ist, wenn der entsprechende Druck aufgebaut wird. Europäische Banken, auch aus Steueroasen, übermitteln den US-Finanzbehörden die Kontodaten amerikanischer Bürger. Liechtenstein zahlt sogar direkt eine Quellensteuer von 28% auf solche Anlagen in die USA. ■



↳ Wolfgang Rhode, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Foto: www.igmetall.de



## Bildungschancen sind der Schlüssel gegen Kinderarmut

von Christel Humme ■ ■

» Kinder machen unser Leben reich, verursachen aber auch Kosten. Lebensmittel, Kleidung genauso wie Teilhabe an Kultur und Sport sind nicht zum Nulltarif zu haben. Familien brauchen ein solides finanzielles Fundament. Deshalb haben wir SozialdemokratInnen seit 1998 das Kindergeld insgesamt um 42 Euro auf jetzt 154 Euro erhöht, haben Familien steuerlich entlastet und zuletzt das Elterngeld eingeführt. Weil wir Familien mit älteren Kindern ebenso im Blick haben, ist die Bafög-Erhöhung um 10% zum Wintersemester bereits beschlossene Sache. Richtig ist auch, dass wir über eine weitere Kindergelderhöhung diskutieren müssen, wenn wir in Folge des Existenzminimumberichts im Herbst die kindbezogenen steuerlichen Freibeträge anheben müssen. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass die Entlastungswirkung zwischen Freibeträgen und Kindergeld wieder weiter auseinanderfällt.

» Wir wissen aber, dass es in Deutschland weniger an finanziellen Hilfen als vielmehr an konkreten Angeboten für Familien fehlt. Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Eltern-Kind-Zentren stehen längst nicht allen Kindern zur Verfügung. Das ist fatal, sind doch gerade diese Angebote die Voraussetzung für bessere Bildungschancen und die Bekämpfung von Kinderarmut. Wir wirkungsvoll solche Angebote sind, zeigen uns sehr eindrucksvoll die skandinavischen Länder, die in ihrer Familienpolitik besonderen Wert auf Infrastruktur legen. Dort sind mehr Frauen erwerbstätig und bekommen gleichzeitig mehr Kinder. Insbesondere die finnischen Kinder haben bei fast allen internationalen Bildungsstudien die Nase vorn.

Und Kinderarmut wird dann am besten verhindert, wenn wir den Eltern durch Kinderbetreuung Erwerbstätigkeit ermöglichen.

Wir SozialdemokratInnen haben deshalb für eine überfällige Kurskorrektur in der Familienpolitik gesorgt. Neben die finanziellen Hilfen haben wir mit der Infrastruktur ein zweites Standbein gesetzt. Den Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode angestoßen. Mit der jetzt beschlossenen dauerhaften Bundesbeteiligung an der Kinderbetreuung und dem von uns durchgesetzten Rechtsanspruch für alle Kinder auf Bildung und Betreuung ab Eins setzen wir unseren Weg konsequent fort. Daneben sind wir mit gezielten Hilfen die Bekämpfung der Kinderarmut angegangen. Wir waren es, die den Kinderzuschlag entwickelt und eingeführt haben. Er hat sich als wirkungsvolle Unterstützung für Familien mit niedrigen Einkommen bewährt. Wir werden ihn jetzt gemeinsam mit dem Wohngeld weiter entwickeln, so dass wir noch mehr Kinder und ihre Eltern vor Armut schützen können.

» Der maximale Nutzen für Kinder ist für uns das entscheidende Kriterium, wenn es um die Weiterentwicklung von Leistungen für Familien geht. Dabei werden wir die finanziellen Hilfen nicht vernachlässigen. Uns werden aber weiterhin gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen aller Kinder besonders am Herzen liegen. Denn bessere Bildungschancen sind der Schlüssel zur Bekämpfung von Kinderarmut und für bessere Lebenschancen aller Kinder! ■



☞ Christel Humme, MdB, ist Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## DB AG: neues Privatisierungsmodell, alte Probleme

von Hermann Scheer ■ ■

» Wir haben nun eineinhalb Jahre der Diskussion über die Privatisierung der Bahn hinter uns. Im letzten Jahr ist das sogenannte Eigentumssicherungsmodell der Bundesregierung gescheitert. Dieses Konstrukt hätte dem Einfluss von Großaktionären oder Investmentfonds auf die Bahn Tür und Tor geöffnet. Folgerichtig hat der SPD-Parteitag in Hamburg dieses Modell abgelehnt und stattdessen das Konzept der stimmrechtslosen Vorzugsaktie beschlossen. Damit hätten private Anteilseigner keinen Einfluss auf das Unternehmen.

Aus diesem Diskussionsprozess scheinen nicht alle gelernt zu haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass jetzt von der Bundesregierung ein neues Modell ins Spiel gebracht wurde, das keine Spur besser ist als das alte. Es firmiert unter dem Namen Holding-Modell und sieht vor, dass die DB AG wie bisher zu 100 Prozent im Besitz des Bundes bleibt. Unterhalb dieser Holding sollen zwei neue Gesellschaften gegründet werden. In einer von ihnen soll die Infrastruktur zusammengefasst werden, in der anderen der komplette Fahrbetrieb und die Logistik. An letzterer sollen dann mit bis zu 49,9 Prozent private Investoren beteiligt werden.

» Dieses Modell zieht es einen genauso langen Rattenschwanz an Problemen und Schwachstellen hinter sich her wie das Eigentumssicherungsmodell im letzten Jahr. Dazu gehört beispielsweise der unauflösbare Widerspruch zwischen den Interessen der Aktionäre und der Sicherstellung einer einheitlichen Konzernleitung.

Je direkter der teilprivatisierte Fahrbetrieb von der Holding gesteuert wird, umso höher wird deren Haftungsrisiko gegenüber den privaten Anteilseignern. Will man dieses Risiko minimieren, geht das wiederum nur um den Preis eines erheblichen Verlustes der Einflussnahme auf den Fahrbetrieb. Hinzu kommt noch folgender Mechanismus: Die am Fahrbetrieb beteiligten Investoren werden selbstverständlich eine hohe Rendite anstreben. Um diese zu erreichen, gibt es unter anderem die Stellschraube der Trassenpreise, die vom Fahrbetrieb an die Infrastruktur für deren Benutzung bezahlt werden müssen. Daher wird innerhalb des Konzerns der Druck wachsen, die Trassenpreise niedrig zu halten oder abzusenken. Die Folgen für das Netz sind, dass es weniger Einnahmen erwirtschaftet, was entweder zu weiteren Mängeln im Unterhalt oder zu höheren Zuweisungen des Bundes führt.

Dies alles kann man verhindern, wenn man sich endlich dazu bekennt, dass die Kernaufgabe der Bahn in öffentlicher Hand bleiben muss. Dazu gehört der Personenverkehr und die Infrastruktur. Die Speditionen hingegen gehören nicht dazu. Deshalb kann ich mir vorstellen, dass man unterhalb der DB AG drei Töchter schafft: eine für den Personenverkehr, eine für die Infrastruktur und Dienstleistungen, eine für die Logistik. An letzterer könnten dann mit bis zu 49 Prozent private Anteilseigner beteiligt werden. Dies natürlich nur über stimmrechtslose Vorzugsaktien, so wie es im Parteitagbeschluss der SPD vorgesehen ist. Der grundgesetzliche Auftrag den die Bahn für den Bund erfüllt wäre mit diesem 3-Säulen-Modell abgesichert. ■



☞ Dr. Hermann Scheer, ist MdB (SPD) und Präsident von EUROSOLAR, er lebt in Waiblingen (Baden-Württemberg) und Berlin.

Foto: www.spdfraktion.de

## Öffentliche Güter, mit der besseren Qualität

von Ernst-Dieter Rossmann ■ ■

» Pär Nuder, von 2004 bis 2006 Finanzminister der sicherlich nicht letzten schwedischen sozialdemokratischen Regierung, hat kürzlich in einem Interview in der „Berliner Republik“ festgestellt: „Jede politische Kommunikation muss fünf Dimensionen umfassen. Es geht um Einfühlungsvermögen, um Analyse, um Werte, um Visionen und um Maßnahmen.“ Grundsatzprogramme, wie praktische Politik von Parteien, müssen sich in diesen fünf Dimensionen der politischen Kommunikation bewähren, wenn sie nach innen orientieren und motivieren und nach außen mobilisieren und binden sollen.

Das Grundsatzprogramm der SPD vom Oktober 2007 und der Hamburger Parteitag insgesamt sind deshalb Ausgangspunkt für eine erfolgreiche neue SPD nach dem kalten und unvermittelten Aktionismus der Agenda 2010 geworden. Mit einer neuen Sensibilität für das Empfinden von sozialer Gerechtigkeit und das Einlassen z.B. auf die konkrete Lebenslage älterer Arbeitsloser, einer umfassenden Konzeption für gute Arbeit und gute Bildung, einem selbstbewussten Bestehen auf dem Vorrang öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlicher Güter, z.B. bei der Bahn: „Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zu Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt,“ so das Hamburger Programm.

Die Sicherheit von öffentlicher Daseinsvorsorge gehört dabei zum Kernbestand von persönlicher und politischer Identität, mit dem die SPD Menschen aus sehr verschiedenen sozialen Schichten und Lebenslagen ansprechen kann. Deshalb: Eine moderne Bürgerbahn von höchster Qualität statt

Renditeoptimierung und Höchstwerte im Dax-Fetischismus, öffentliche Schulen und Hochschulen mit erstklassiger Qualität für alle statt privilegierte und selektierende Eliteeinrichtungen für wenige, verlässliche und ortsnahe kommunale Dienstleister in der Region statt Callcenter-gesteuerte Weltmarktorientierung. Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz hat Recht, wenn er die leistungsfähigste öffentliche Arbeitsvermittlung der Welt zu seinem persönlichen politischen Ziel erklärt. Gute öffentliche Leistungen können und müssen zum Stolz der solidarischen Bürgergesellschaft werden.

» Pär Nuder warnt vor der schwindenden Unterstützung für einen Wohlfahrtsstaat, dessen Leistungen abgebaut werden und formuliert selbstkritisch: „Früher besuchten in Schweden Kinder unterschiedlicher Herkunft dieselbe Schule, das war gut für den sozialen Zusammenhang in der Gesellschaft. In den neunziger Jahren haben wir das Schulsystem verändert, so dass die Zahl der Privatschulen zugenommen hat. Heute gehen immer mehr Kinder der Mittel- und Oberschicht auf Privatschulen. Das führt zu einer Verschlechterung der Qualität und des Ansehens der öffentlichen Schulen.“

Sozialdemokraten müssen deshalb immer dafür streiten, bei der Daseinsvorsorge nicht nur das Merkmal der öffentlichen Verantwortung, sondern die Optimierung und die Garantie von guter Qualität der Daseinsvorsorge für alle ins Zentrum zu stellen, damit die Mehrheit solidarisch bleibt. ■



↳ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB (SPD), Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion und spw-Mitherausgeber, er lebt in Elmshorn.

Foto: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



## ⊕ Pro: Zusammenarbeit mit Linkspartei

von Franziska Drohse



☞ Franziska Drohse, ist Jusos-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.

Foto: Christian Plambeck

» Eine Koalition links der Mitte schien in Deutschland lange Zeit aussichtslos. Weder konnte die SPD absolute Mehrheiten erringen, noch existierte eine verlässliche Partei links der Sozialdemokratie. Die Grünen haben sich als eine bürgerliche und wirtschaftsliberale Milieupartei etabliert, die künftig zeigen muss, welche progressiven Gestaltungsmöglichkeiten sich mit ihr verbinden. Erst die historisch-spezifische Konstellation, unter der die PDS entstand, eröffnete die theoretische Möglichkeit einer Mehrheit links der Mitte. Doch die Partei kämpfte hauptsächlich mit sich und der Vergangenheit. Sie suchte nach einem Profil jenseits ihres angestammten WählerInnenklientels und musste doch den inhaltlichen Bezug halten, aus dem sie hervorgegangen war. Dazu kam der betonierte Antikommunismus eines Großteils der SPD, der nicht sehen wollte, dass sich Programm und Personen der PDS nicht an Moskau, sondern an Godesberg anlehnten.

So entstand ein Widerspruch zwischen der reflexartigen Ablehnung der PDS und den politischen Herausforderungen, denn in den neuen Bundesländern hatte man es nicht mit SektiererInnen zu tun, sondern mit einer Volkspartei, die nicht selten mehr Stimmen als die SPD erhielt. Mit dem Tolerierungsmodell in Sachsen-Anhalt brachen die Dämme. Die Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin manifestierten eine politische Realität, gegen die man im Rest der Republik noch mit allen Mitteln kämpfte. Anders als erhofft blieb die PDS kein temporäres Phänomen, wie die Gründung der WASG und die schnelle Fusion mit der PDS zeigte. Die Linkspartei füllte ein Vakuum, das die SPD mit

ihrer Reformpolitik hinterlassen hatte. Bei den Wahlen in Hessen und Niedersachsen hat die Linke den Einzug in zwei westdeutschen Flächenländern geschafft. Die Situation ist schwer vergleichbar mit den Konstellationen in den neuen Bundesländern, da sich vor allem das politische Personal der Linkspartei im Westen vom Osten unterscheidet.

» Gemeinsame Fragestellungen von SPD und Linkspartei gibt es. Die zentrale Herausforderung bleibt die wachsende soziale Polarisierung in der Gesellschaft. Neben der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und gerechter Bildungspolitik als Mittel zum sozialen Aufstieg bleibt die Frage nach einer Sozialpolitik, die nicht durch „Fördern und Fordern“ die Menschen demoralisiert und gesellschaftliche Probleme damit individualisiert. Die Globalisierung verlangt linke Antworten, die das Primat der Politik wieder herstellt, ohne sich in Nationalismus zu flüchten.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung des Parteivorstandes, die pauschale Abgrenzung zur Linkspartei aufzugeben, notwendig und überfällig. Die Linkspartei hat Positionen, die für die Sozialdemokratie untragbar sind, und Positionen, die wir teilen. Darin unterscheidet sie sich nicht von anderen Parteien. Entscheidend ist, mit wem wir die Herausforderungen der Zukunft packen können. Und das muss, wie ja auch der Parteivorstand festgestellt hat, dort entschieden werden, wo es um Mehrheiten für eine progressive Politik geht. Denn Ziel muss es sein, ein linkes Zukunftsprojekt zu entwerfen und in Verantwortung zu bringen. ■

## ■ Contra: Zusammenarbeit mit Linkspartei

von Klaas Hübner ■ ■



☞ Klaas Hübner,  
MdB, Sprecher des Seeheimer  
Kreises und lebt in Neu-  
gattersleben (Bernburg).

Foto: Katja-Julia Fischer

» Nach den vier vergangenen Landtagswahlen sitzt die Linkspartei nun in vier westdeutschen Landesparlamenten. Ob dauerhaft etabliert oder nicht: klar ist, dass die SPD intensiv über den Umgang mit der Linkspartei diskutieren muss. Mit Dogmatik und alten Reflexen kommen wir nicht weiter. Mit guten Argumenten und einer selbstbewussten Botschaft hingegen schon. Wenn wir über die mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei sprechen, sollten wir uns auf zwei Aspekte konzentrieren: Programm und Personal. Das ist der Kern der Debatte. Zudem müssen kurzfristige, machttaktische Überlegungen hinter langfristigen, strategischen Überzeugungen zurückstehen. Die Linkspartei ist ein heterogenes Gebilde. Im Osten hat sie eine realistischere Programmatik und ein pragmatischeres Personal als im Westen. Die Zusammenarbeit der SPD mit der PDS ist in den neuen Ländern seit einigen Jahren gängige Praxis. Klar ist jedoch, dass dies – wenn überhaupt – nur unter Führung der SPD geschehen kann.

Wie halten wir es nun mit der Linkspartei im Westen? Meine Antwort lautet: Keine Zusammenarbeit – weder aktiv noch passiv. Aus guten Gründen war dies die Linie der Gesamtpartei vor den zurück liegenden Landtagswahlen. Ein Kurswechsel aus rein machttaktischen Erwägungen wäre meiner Ansicht nach ein Freifahrtschein für die Aufgabe politischer Glaubwürdigkeit. Die Linkspartei im Westen ist personell und inhaltlich nicht im Ansatz fähig, politische Verantwortung zu übernehmen. Einem Sammelbecken aus kommunistischen Altkadern und frustrierten Sozialisten, die eine Systemüberwindung anstreben, kann keine

Verantwortung – weder aktiv noch passiv – übertragen werden. Wollen wir uns ernsthaft von Leuten abhängig machen, über die selbst Gregor Gysi sagt, dass einige von ihnen „auch aus Sekten stammen“?

» Im Bund stellt sich die Frage nach einer Kooperation auch auf lange Sicht nicht. Zu sehr disqualifiziert sich die Linke durch ihr Führungspersonal und den Unwillen, politische Verantwortung für die Bundesrepublik zu übernehmen. Ihre realitätsfernen Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Finanz- und Sozialpolitik belegen dies. Wer nur zurück in die 70er Jahre möchte, Deutschland international isolieren will und den Menschen vorgaukelt, die Globalisierung stoppen zu können, zeigt deutlich, dass der eigene politische Anspruch nicht über den einer Protestpartei hinausgeht. Zehn Jahre erfolgreiche sozialdemokratische Regierungspolitik geben uns genug Argumente, um uns inhaltlich und personell klar von der Linkspartei abzugrenzen. Unsere Partei, die SPD, blickt mit Stolz auf eine 144-jährige Geschichte zurück. Glaubwürdigkeit ist unser Markenzeichen. Dafür stehen Namen wie Ferdinand Lassalle, Friedrich Ebert, Otto Wels, Kurt Schumacher und Willy Brandt. Wir sollten uns gut überlegen, wie es beim Wähler ankommt, wenn nach Wahlen binnen weniger Stunden Positionen gewechselt werden wie ein Paar Schuhe und den Bürgerinnen und Bürgern die guten Argumente von gestern als Schnee von vorgestern verkauft werden. Das würde uns nachhaltig schaden. Damit setzen wir unsere stolze Geschichte als linke Volkspartei der Mitte aufs Spiel. ■



Foto: C. Wyrwa

## Sympathiewelle für Warnstreiks

Interview mit Siegfried Sauer  
zur Tarifaueinandersetzung

im öffentlichen Dienst ■ ■

↳ Siegfried Sauer,  
ist ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen.

**spw:** Was sind Eure Ziele in der aktuellen Tarifrunde im öffentlichen Dienst und wie beurteilt Ihr die Haltung der Arbeitgeber?

„ **Siegfried Sauer:** Wir fordern für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen 8 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro monatlich. Wir fordern zudem die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden und die Erhöhung ihres monatlichen Ausbildungsentgelts um 120 Euro. Unser Motto lautet: gute Leute, gute Arbeit, dafür gutes Geld. Die Steuereinnahmen sprudeln wieder, in den Kassen der Kommunen und des Bundes ist genug Geld, um eine kräftige Gehaltserhöhung zu bezahlen. Die letzte Tariferhöhung für die Beschäftigten gab es im Mai 2004, damals lediglich ein Prozent. Die Beschäftigten haben in den vergangenen vier Jahren deutliche Reallohnverluste hinnehmen müssen. Bei deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten sagen Schleusenwärter, Krankenschwestern, Erzieherinnen, Müllwerker oder Sparkassenangestellte zu Recht: „jetzt sind wir dran“. Die Haltung der öffentlichen Arbeitgeber kann nur als halsstarrig und stur bezeichnet werden. Das von ihnen unterbreitete Angebot von angeblich 5 Prozent für zwei Jahre ist eine Mogelpackung. Wir haben es berechnet und kommen für 2008 auf eine Erhöhung von 2,5 Prozent und für 2009 auf nur 0,4 Prozent. Wir haben ihnen deshalb deutlich gemacht, dass sie ihr Angebot nachbessern müssen, doch durch ihre ideologi-

sche Blockierung bei der Arbeitszeit gibt es keine Annäherung. Sie wollen die wöchentliche Arbeitszeit um 1,5 Stunden auf insgesamt 40 Stunden erhöhen. Allein diese Anhebung würde einen Einkommensverlust von 3,75 Prozent bedeuten und tausende von Arbeitsplätzen gefährden. Die Beschäftigten wollen nicht länger arbeiten, sondern am allgemeinen Wirtschaftsaufschwung teilhaben.

**spw:** In vielen Städten legen diesmal auch Beschäftigte im Nahverkehr und bei Stadtwerken die Arbeit nieder. Hat sich die gewerkschaftliche Strategie seit dem Streik von 2006 geändert?

„ **Siegfried Sauer:** Wir haben im Februar eine Reihe von Warnstreiktagen in Niedersachsen und Bremen durchgeführt, mit einer sehr guten Beteiligung von rund 24.000 Streikenden. Dabei haben wir gute Erfahrungen mit sparten-spezifischen Warnstreiktagen gemacht, wie zum Beispiel in Krankenhäusern, in Kindertagesstätten, bei der Müllabfuhr und den Stadtwerken, dem öffentlichen Nahverkehr oder den Sparkassen. Und an unserem großen Aktionstag am 4. März haben wir zu einer landesweiten Streikversammlung in Hannover aufgerufen. Mit über 20.000 Teilnehmern haben wir vor der fünften Verhandlungsrunde den Druck auf die Arbeitgeber nochmals deutlich erhöht. Sollten sie uns zu einem unbefristeten Arbeitskampf zwingen, sind die Beschäftigten bereit, die Arbeitgeber auch wirtschaftlich

empfindlich zu treffen. Die Motivation und Kampfbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen ist deutlich höher als im Streik 2006. Hinzu kommt, dass der Nahverkehr und die Stadtwerke damals nicht von der Tarifaueinandersetzung betroffen waren.

**spw:** Die Übernahme von Auszubildenden ist ein Ziel von ver.di. Inwieweit konnten junge Menschen für die Warnstreikaktionen gewonnen werden? Welche Aktionsformen setzt ihr ein, um die Beteiligung zu steigern?

„ **Siegfried Sauer:** Die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden ist tatsächlich ein wichtiges Ziel im Rahmen unserer Forderungen. Wir waren zu Streikbeginn sehr überrascht, mit welchem Engagement die Jugendlichen für ihre Forderungen eingetreten sind und mitgestreikt haben. Als Beispiel möchte ich hier die Krankenpflegeschüler in Wilhelmshaven nennen. Sie haben sich mit viel Elan und fantasievollen Aktionen in die Streikbewegung eingebracht. Alles in allem haben wir im Jugendbereich sehr positive Erfahrungen in den vergangenen Wochen sammeln können.

**spw:** Wie hat sich der letzte Arbeitskampf im öffentlichen Dienst auf die Mitgliedszahlen im Bund und in Niedersachsen ausgewirkt und mit welcher Entwicklung rechnet Du aktuell?

„ **Siegfried Sauer:** Natürlich haben Gewerkschaften immer Mitgliederzuwächse, wenn sie sich in einer Tarifaueinandersetzung befinden. Da wird für alle Noch-Nicht-Mitglieder deutlich, wofür Gewerkschaften stehen und wer ihre Interessen gegen die Arbeitgeber durchsetzt. Es fällt ja keine Lohnerhöhung vom Himmel. Die Bilanz des Arbeitskampfes im Öffentlichen Dienst 2006 ist für uns in Niedersachsen und Bremen sehr zufriedenstellend verlaufen. Allein durch diesen Tarifkonflikt im Länderbereich und den Kommunen haben wir damals über 6.000 neue Mitglieder gewonnen. Insofern hat sich der lange Arbeitskampf von insgesamt 15 Wochen durchaus gelohnt, weil er ver.di gestärkt hat. Eine erste Bilanz unserer Warnstreiktagung im Februar 2008 deutet auf eine

ähnliche Entwicklung hin. Die konkreten Zahlen haben wir noch nicht ausgewertet, aber ein erster Blick auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen in unserem Landesbezirk stimmt uns sehr hoffnungsfroh, dass wir auch in diesem Arbeitskampf tausende neuer Mitglieder gewinnen werden.

**spw:** Wie erlebt ihr das Verhältnis der Bevölkerung zum Öffentlichen Dienst? Dominiert immer noch das Vorurteil der angeblich sicheren, gut bezahlten und wenig belasteten Bürojobs oder hat sich das Bild verändert?

„ **Siegfried Sauer:** Bei unseren Warnstreiks haben wir eine große Sympathiewelle in der Bevölkerung erleben können. Es gibt viel Verständnis dafür, dass nun endlich auch einmal die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes dran sind. Eltern unterstützen die Erzieherinnen in den Kitas, Patienten haben viel Verständnis für die streikende Krankenschwester, Fahrgäste nehmen es in Kauf, dass der Busfahrer im öffentlichen Nahverkehr die Arbeit niederlegt, die Bevölkerung geht gelassen damit um, wenn die Müllabfuhr eben mal nicht kommt. Das Klima hat sich verändert, der Streik der Lokführer hat vielleicht auch im Bewusstsein der Bevölkerung etwas bewirkt. Es gibt mehr Verständnis für diejenigen, die gute öffentliche Dienstleistungen erbringen, dafür hart arbeiten müssen und dabei zunehmend hohen Belastungen ausgesetzt sind. Die Vorurteile lösen sich langsam auf. Daran arbeiten wir jedenfalls. Unsere gemeinsam mit dem Beamtenbund entwickelte Imagekampagne, trägt mit dazu bei.

**spw:** Vielen Dank für das Gespräch. ■

► **Weitere Infos:** [www.genuggespart.de](http://www.genuggespart.de)

↳ Das Gespräch führte Stefan Stache.

## Who cares about care?

### Einleitung zum Schwerpunkt

von Claudia Bogedan,

Cordula Drautz, Cosima Ingenschay

und Barbara König



Foto: www.fotolia.de, © Claus Mikosch

„Wer übernimmt die Sorgeverantwortung?“ entwickelt sich zur Gretchenfrage der postmodernen Gesellschaft. Während im Englischen mit dem Begriff „care“ sowohl die Sorge für Kinder und als auch für Ältere beschrieben wird, unterscheidet die deutsche Sprache zwischen der Kinderbetreuung und der Altenpflege.

» Wurde die Sorge, Betreuung, Pflege und Versorgung von Kindern, Alten und Kranken in Deutschland (West) traditionell von den nicht oder nur teilweise erwerbstätigen Müttern, Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern übernommen, befindet sich dieses Modell zunehmend in Auflösung. Die Erwerbstätigkeit von Frauen steigt kontinuierlich und vor allem auch die Erwerbstätigkeit von Müttern kleiner Kinder wird langsam normal, so wie es bereits in der DDR der Fall war. Auch in Westdeutschland lebt nur noch weniger als ein Viertel der Paare in der klassischen Hausfrauenehe. Das „Ernährermodell“ ist nicht

mehr das, was junge Frauen und Männer wollen: Heute lehnen 84 Prozent der unter 45-Jährigen eine traditionelle Arbeitsteilung ab. Aber nicht nur die Einstellungen haben sich geändert. Der von der Wirtschaft antizipierte Fachkräftemangel hat zusammen mit den gleichstellungspolitischen Erfolgen zu einem deutlichen Ausbau der Kinderbetreuung geführt. Die Furcht vor einer angesichts des demographischen Wandels schrumpfenden Gesellschaft beförderte ebenfalls diese Expansion. Denn es sollen vor allem hochqualifizierte Frauen besser und stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden und auch mehr Kinder gebären. Darüber hinaus ist ein Paradigmenwechsel im Ansehen vor allem der Kleinkinderbetreuung zu beobachten: Während lange die Betreuung in Einrichtungen als Notlösung für berufstätige Eltern angesehen wurde, stehen heute die Bildungsaspekte, wie das frühe Erlernen von Sozialkompetenz oder der Spracherwerb, im Vordergrund.

» Unberücksichtigt bleibt jedoch bislang der wachsende Unterstützungsbedarf am Ende des Lebenslaufes in einer alternden Gesellschaft. Mit der steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung wächst ebenfalls der Anteil der über 80-Jährigen, deren Pflegebedürftigkeit besonders hoch ist. Die Angehörigen und Bekannten tragen dabei die Hauptlast der Pflege und Unterstützung. Insgesamt werden 92 % der häuslich Gepflegten mit familiärer Hilfe versorgt. 73 % der privaten Hauspflegepersonen sind weiblich. Individuell zu lösen ist jedoch nicht nur das Problem wer diese Unterstützung alter und hilfebedürftiger Familienangehöriger leistet, sondern auch die Frage, wie diese (familiäre) Verantwortung mit einer subsistenzsichernden Erwerbsarbeit vereinbar ist. Die Zuständigkeit der Frauen für jegliche Familien- und Hausarbeit gilt auch – so zeigen neuere Untersuchungen – wenn die Frau Vollzeit erwerbstätig ist. Die Modernisierung des Geschlechterarrangements ist im privaten Bereich bislang nur in Ansätzen erreicht. Die Einbindung der Männer erfolgt nur zögerlich oder wie Ulrich Beck es formulierte: bei den Männern existiert „verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“.



» Folglich reduzieren Frauen ihre Erwerbstätigkeit, um den familialen Aufgaben bei der Pflege und Betreuung gerecht zu werden: Abhängig beschäftigte Mütter arbeiten durchschnittlich 24,4 Stunden pro Woche, Väter hingegen 39,7. Die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen vollzieht sich daher vor allem als steigende Teilzeiterwerbstätigkeit. Diese wirkt sich nicht nur negativ auf die individuellen beruflichen Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten aus, sondern auch für die Altersversorgung. Besonders offenbar wird das Problem bei alleinerziehenden Müttern, die ein überproportionales Armutsrisiko haben.

Der demographische Wandel, der sich in einem höheren Alter für Erstgebärende ebenso manifestiert wie in einer längeren Lebenserwartung führt dazu, dass heute viele Frauen zudem gleichzeitig die Verantwortung für Pflege und Kinderbetreuung („Sandwich“-Generation) neben ihrer Erwerbstätigkeit schultern müssen.

Die Modernisierung des Geschlechterarrangements ist für Frauen daher zwiespältig zu bewerten, da sie die Anforderungen an die Frauen potenzieren. Denn die Veränderungen im Erwerbssystem erhöhen dort den Zwang von Effizienz und Verfügbarkeit. Dies zeigt unter anderem der Anstieg in den tatsächlichen Arbeitszeiten der Vollzeitbeschäftigten. Gleichzeitig wurde der Ausbau staatlicher sozialer Dienstleistungen vor allem im Bereich der Pflege in den vergangenen Jahren aufgrund des selbstverordneten Sparzwanges des Staates nicht realisiert (mit den entsprechend negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung). Die modernisierten Geschlechterarrangements in Europa stehen daher unter dem Druck der Finanzierungsschwäche der Nationalstaaten. Die Zuschreibung der Verantwortung für die Fürsorgearbeit an Markt, Staat oder Familie hat daher gleichstellungspolitische Konsequenzen, aber auch Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung. Deshalb möchten wir in diesem Schwerpunkt grundlegender fragen, „Wer sorgt für wen?“ (Ute Behning) und „Wer schließt die Dienstleistungslücke im Privathaushalt?“ (Claudia Gather).

» „Care“, d.h. die Versorgung, Betreuung und Pflege von Kindern, Alten und Kranken begreifen wir dabei als eine Sonderform von Arbeit, die grundsätzlich zwar marktförmig oder auch in staatlicher Verantwortung zu leisten ist, die aber durch ihren besonderen Charakter („Fürsorge“) besonderen moralischen und ethischen Beschränkungen unterliegt. Auch in einer modernen Gesellschaft bleibt es schließlich wünschenswert und sinnvoll, einen Teil der Care-Aufgaben auch weiterhin privat zu organisieren. Mehr als bisher wird dabei eine Kombination aus öffentlichen und privaten Modellen erprobt. Dies wird besonders deutlich in den aktuellen politischen Debatten um die Elternzeit (siehe den Beitrag von Barbara König) und die Einführung einer Pflegezeit im Rahmen der im April zu beschließenden Reform der Pflegeversicherung (siehe den Beitrag von Hannelore Buls).

Die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit, die vormalig privat und unbezahlten personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen in Berufsarbeit überzuführen, schafft neue Beschäftigungsfelder, insbesondere auch für niedrig Qualifizierte. Allerdings sind viele dieser Leistungen zu Marktpreisen für Kunden und Konsumenten nur schwer oder gar nicht bezahlbar. Das Ausmaß der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in diesen Bereichen ist nur schwer abzuschätzen. Der aktuelle Skandal in Österreich über billige, schwarz beschäftigte 24-Stunden-Pflegekräfte aus Osteuropa lässt das Problem auch für Deutschland erahnen.

Die Skandinavier haben dagegen früh einen anderen Weg gewählt. Hier erbringen die Kommunen viele dieser Dienstleistungen (siehe der Beitrag von Cornelia Heintze). Damit verbunden war auch eine Aufwertung dieser Tätigkeiten, die – da in öffentlicher Verantwortung erbracht – subsistenzsichernde Löhne und einen umfassenden Sozialschutz gewährleisten. Denn entscheidend ist nicht nur, wer diese Arbeiten erbringt, sondern auch wie diese Arbeit gestaltet ist.



Die Diskussion über die Zunahme der Formen entgrenzter Arbeit zwischen Selbstaubeutung und Selbstverwirklichung führen automatisch auch zu einer Reflexion über Neujustierung des Verhältnisses von Sorge- und Erwerbsarbeit. In dem Streitgespräch „Gute Arbeit – oder: Etwas Besseres als eine Festanstellung finden wir allemal.“ diskutierten Sebastian Sooth, Agent des Freiberuflernetzwerkes „Zentrale Intelligenzagentur“ (ZIA) und Yasmin Fahimi, Gewerkschaftssekretärin der IG BCE. Formen absolut entgrenzter Arbeit, wie sie die Mitglieder der ZIA praktizieren und propagieren, eröffnen Möglichkeiten für Betreuung- und Pflegearbeit, schränken aber lebensbiographische Planungen gleichzeitig ein. Die hohe Flexibilität von Arbeitszeit, Arbeitsort von Selbstständigen macht Lebensplanung oft kaum möglich. Gestaltungsbedarf gibt es aber, das wurde im Gespräch deutlich, nicht nur im Bezug auf die Selbstständigen: Die im Konzept der ZIA richtigerweise aufgegriffene Arbeitsmoral, die „Du bist, was du tust“ propagiert, findet immer mehr auch Eingang in klassische Unternehmen/Arbeitsformen.

Im Sinne der biographischen Selbstbestimmung, die bereits im vorangegangenen Schwerpunkt zur „jugendpolitischen Orientierung“ (spw 161) eine erste Vertiefung gefunden hat, widmet sich dieser Schwerpunkt damit implizit auch der Frage, wie sehr die Autonomie der eigenen Lebensführung und die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Lebensmodellen durch Rollenzuschreibungen auf der einen und Zwängen des (Arbeits-)Marktes auf der anderen Seite beschränkt wird. Dahinter steht die nach wie vor aktuelle Frage feministischer Forschung: Wie wird die gesellschaftlich notwendige Arbeit aufgeteilt? Oder grundsätzlicher noch: Wie wird das Verhältnis von Individuum und Staat bzw. Markt in einer Gesellschaft organisiert? ■

- ☞ Claudia Bogedan, Jahrgang 1975, lebt in Bonn und arbeitet in Düsseldorf.
- ☞ Cordula Drautz, Jahrgang 1981, ist Vizepräsidentin der IUSY und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag. Sie lebt und arbeitet in Berlin.
- ☞ Barbara König, Jahrgang 1969, Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie, lebt und arbeitet in Berlin.
- ☞ Cosima Ingenschay, Jahrgang 1978, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin, lebt in Berlin und hat eine Tochter.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

**PROKLA 147 (Hrsg.)**  
**Internationalisierung des Staates**  
 2007 - 176 S.  
 € 12,00  
 ISBN 978-3-89691-346-3



Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

**Benno Teschke**  
**Mythos 1648**  
 Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems  
 2007 - 307 S. - € 39,90  
 ISBN 978-3-89691-122-3



NEU  
 Band 22

**Heide Gerstenberger**  
**Die subjektlose Gewalt**  
 Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt  
 2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00  
 ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1



Hasfenweg 26a  
 D - 48155 Münster  
 Tel.: 0251 39 00 48 0  
 Fax: 0251 39 00 48 50  
 info@dampfboot-verlag.de  
 www.dampfbootverlag.de

## Wer sorgt für wen?

Eine Analyse des aktuellen  
Diskurses um die Anerkennung  
von Sorgearbeit  
von Ute Behning



Foto: www.fotolia. de, © absolut

»» Endlich ist es soweit! Staat und Gesellschaft machen sich wieder Sorgen darum, wer überhaupt noch für wen sorgen kann. In der vorindustriellen Zeit war es selbstverständlich: Die Betreuung von Kindern, Kranken, Invaliden und Pflegebedürftigen wurde von der Wirtschaftsgemeinschaft getragen, in der sie lebten. Die Industrialisierung führte zur Einführung der außerhäuslichen Lohnarbeit und damit zur Trennung von Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft. Seither steht die Frage im Raum, wer für die gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit zuständig ist: die Familie, der Staat oder der Markt. Dieser Beitrag verdeutlicht, warum wir uns derzeit in einem Transformationsprozess der gesellschaftlichen Organisation von Sorgearbeit befinden. Die aktuellen Diskurse über die Anerkennung von Sorgearbeit können nur verstanden werden, wenn sie im Kontext des europäischen Integrationsprozesses betrachtet werden. Diskutiert wird, welche Risiken und Chancen mit dem gesamteuropäischen Wandel von Betreuungsmodellen verbunden sind. Anhand der Unterscheidung wohlfahrtsstaatlicher Betreuungsmodelle und ihrer Veränderung unter Einfluß der ökonomischen Integration in Europa, wird gezeigt, wie die sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Union (EU) versuchten, der ökonomischen Integration eine soziale Integration

folgen zu lassen. Zudem wird abschließend der mögliche Einfluss der aktuellen europäischen Entwicklungen im Bereich des Sozialen auf die europäischen Betreuungsmodelle untersucht.

### □ Betreuungsmodelle in Europa

Die kontinental-europäischen Sozialstaaten, zu denen z.B. die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Österreich zählten, delegierten die Sorgearbeit an Ehefrauen. Sie sollten keiner Erwerbsarbeit nachgehen und erhielten für ihre häusliche Arbeit keinen Lohn. Hingegen erwirtschafteten (Ehe-) Männer durch ihre Erwerbsarbeit einen sog. Familienlohn, der es ihnen erlaubte, Ehefrau und Kinder zu ernähren. Sorgearbeit wurde innerhalb der Familie organisiert und über die sozialstaatliche Subventionierung der Lebensformen ‚Ehe‘ abgesichert. Dies geschah auf Kosten von Frauen und alleinerziehenden Müttern.

»» In den östlichen Wohlfahrtsstaaten Europas, zu denen auch die DDR gehörte, setzte sich ein anderes Modell durch. Beide, Frau und Mann, gingen einer Erwerbsarbeit nach. Betreuungsarbeit wurde vom Staat organisiert



und finanziert: Krippen, Horte und Feierabendheime gehörten zur Normalität. Sie ermöglichten die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter. Allerdings waren die Lohnniveaus in den sozialistischen Staaten im Vergleich zu denen im Westen sehr viel niedriger. Einer ausgeprägten Benachteiligung von Frauen wurde entgegen gewirkt.

In den liberalen Wohlfahrtsstaaten, zu denen Großbritannien und Irland gerechnet wurden, stand die soziale Absicherung von Erwerbsarbeitenden nicht besonders hoch im Kurs. Die Organisation von Sorgearbeit wurde dem Markt überlassen. Auf dem Markt erwirtschaftete Einkommen entschieden darüber, ob und welche Qualität von Dienstleistungen gekauft und angeboten werden konnten; dazu zählten Kinderbetreuungs-, Schul-, universitäre Ausbildungs- und (Alten-) Pflegeangebote. Die Organisation von Sorgearbeit war vom Geldbeutel abhängig und führte zur Ausbildung von sozialen Betreuungsklassen.

» Die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten wählten einen marktwirtschaftlich finanzierten und staatlich organisierten Pfad. Frauen und Männer waren erwerbstätig und erwirtschafteten hohe Einkommen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlten an den Staat hohe Steuern. Sie wurden genutzt, um in öffentlichen Einrichtungen ein qualitativ hohes Sorgearbeitsangebot für alle Gesellschaftsmitglieder zur Verfügung zu stellen. Das zeitliche Angebot professioneller Kinderbetreuungs- und (Alten-) Pflegeeinrichtungen wurde den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst. So konnten alle erwerbsfähigen Familienmitglieder der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Dieses Betreuungsmodell führte zu einer weitreichenden Gleichstellung der Geschlechter und sorgte für eine weitgehende Chancengleichheit aller Gesellschaftsmitglieder.

## □ Ökonomische Integration

Nach der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der Osterweiterung stellt die EU die weltweit größte Freihandelszone dar, die es für global agierenden Unternehmen attraktiv macht, in den Wirtschaftsstandort EU zu investieren – so sie Absatzmärkte für ihre Produkte in der EU verorten. Allerdings traten die 27 Mitgliedsstaaten der EU nicht mit den gleichen Voraussetzungen an. Im EU-internen Wirtschaftsstandortwettbewerb boten die Betreuungsmodelle osteuropäischer Mitgliedstaaten den Unternehmern die besten Voraussetzungen. Sorgearbeit wurde als staatliche Aufgabe betrachtet, für deren Finanzierung der Staat zuständig ist. Gleichzeitig waren ihre Lohnniveaus, Steuer- und Sozialabgabensätze niedrig. Den zweiten Rang bekleideten die Betreuungsmodelle der liberalen Wohlfahrtsstaaten. Auch hier hatten Unternehmen keine Kosten für Sorgearbeit zu leisten. Die Steuer- und Sozialabgabensätze waren niedrig, doch ihre Lohnniveaus höher als die der osteuropäischen Staaten. Den dritten Rang nahmen die kontinental-europäischen Wohlfahrtsstaaten ein. Ihre Steuer- und Sozialabgabensätze bewegten sich auf einem mittleren Niveau, aber ihre Lohnniveaus waren auf Grund des Familienlohnmodells hoch. Dies wurde nur noch durch die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten überboten, in denen hohe Lohnniveaus mit hohen Steuersätzen in Kombination auftraten.

» Um im EU-internen Wirtschaftsstandortwettbewerb bestehen zu können, waren alle EU-Mitgliedstaaten gezwungen, nationale Reformen durchzuführen. Die osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten mussten daran interessiert sein, ihre niedrigen Lohnniveaus, Steuer- und Sozialabgabensätze unterhalb derer der alten Mitgliedstaaten zu halten. Die liberalen Wohlfahrtsstaaten senkten insbesondere ihre Lohnniveaus ab. Auch in den kontinental-europäischen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten wurden die Reallöhne über ein Jahrzehnt nicht angepasst und die Steuer- und Sozialabgabensätze für Unternehmen gesenkt.

## □ Konsequenzen und Szenarien

All dies blieb nicht ohne Konsequenzen. Die Osteuropäer können ihr Betreuungsmodell von ihren staatlichen Einnahmen nicht mehr finanzieren, was die marktwirtschaftliche Freisetzung ihrer Sorgearbeitenden zur Folge hat. In den liberalen Wohlfahrtsstaaten ist die marktwirtschaftlich zu erwerbende Betreuungsarbeit nur noch für wenige erschwinglich; sie sind auf familiäre und nachbarschaftliche Hilfen sowie die Lohnarbeit aller erwerbsfähigen Frauen und Männer angewiesen. Auch in den kontinental-europäischen Sozialstaaten reicht der Erwerbsarbeitslohn eines Ehemannes nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren. Daher müssen Frau und Mann erwerbstätig sein, was zum Zusammenbruch des familiären Betreuungsmodells führte. Am wenigsten beeinträchtigt wurde das skandinavische Betreuungsmodell. Dennoch gibt es Einbußen im Hinblick auf Qualitätsstandards außerhäuslicher Betreuungsangebote und deren Professionalisierung aufgrund von Sparzwängen.

» In ihrer Gesamtheit führten die beschriebenen Entwicklungen zu grundlegenden Finanzierungskrisen aller Wohlfahrtsstaaten in der EU. Weitreichendere Szenarien zeichnen sich bereits am Horizont ab: Für gut ausgebildete Fachkräfte besteht in der EU aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit kein Mobilitätshindernis. Mit den Unternehmen können auch die qualifizierten Fachkräfte jeweils in den Mitgliedstaat der EU weiter ziehen, der gerade die günstigsten Konditionen anbietet (Stichwort: Nokia). Außerdem ermöglicht die Dienstleistungsfreiheit in der EU, dass Betreuungsarbeitende aus den osteuropäischen Mitgliedstaaten in den westeuropäischen Mitgliedstaaten zu osteuropäischen Löhnen arbeiten (Stichwort: McPfleger). Obwohl das damit verbundene gegenseitige bessere Kennenlernen zu begrüßen ist, wird das ‚Nomadenleben‘ zur weiteren Aushöhlung von familiären und gemeinschaftlichen Bindungen sowie dem weiteren Voranschreiten der Lohnrückerei führen; Nationale Mindestlöhne sind hier zwar notwendige, aber nur kurzfristig wirksame Pflaster.

## □ Soziale Integration

Dass diese Szenarien keine Perspektiven bieten, haben die sozialdemokratischen Parteien in der EU bereits Mitte der 1990er Jahre erkannt. Seither arbeiten sie gemeinsam an einer solidarischen Vision, die dem gegenseitigen Unterbietungswettbewerb von Löhnen, Steuer- und Sozialabgaben aller EU-Mitgliedstaaten Einhalt gebietet. Seit Ende der 1990er Jahre, dem Moment, in dem nach fast 20 Jahren wieder sozialdemokratische Regierungen die Mehrheit im Europäischen Rat stellten, setzen sie sich konsequent für eine soziale Integration ein.

» Ein überwiegend parlamentarisch bestellter Konvent erarbeitete unter dem Vorsitz von Roman Herzog (CDU) eine EU-Grundrechtscharta. Mit dem Kapitel „Solidarität“, das soziale EU-Grundrechte festschreibt, wurde die Basis für den Aufbau eines sozial-solidarischen Europas gelegt. Die Grundrechtscharta sollte im Dezember 2000 zusammen mit dem Vertrag von Nizza von allen Staats- und Regierungschefs unterzeichnet werden, wurde dann aber nur deklariert. Daraufhin wurde der Verfassungskonvent einberufen. Die Grundrechtscharta bildet Teil II der Verfassung der Europäischen Union. Doch auch die EU-Verfassung wurde im Jahr 2005 nicht von allen Mitgliedstaaten ratifiziert.

Derzeit besteht die Möglichkeit der freiwilligen Koordinierung aller mitgliedstaatlichen Sozialpolitiken. Die ‚Methode der offenen Koordinierung‘ wird seit dem Jahr 2000 praktiziert; die osteuropäischen Mitgliedstaaten nehmen seit 2001 daran teil. Diese Form des europäischen Regierens, die die Verabschiedung von Gesetzen den Mitgliedsstaaten überlässt, ist auch von der Großen Koalition unter Angela Merkel (CDU) fortgesetzt worden. Ziel der gemeinschaftlichen Koordinierungspolitik sind europäische Vereinbarungen über national durchzuführende Sozialstaatsreformen, die den sozialen Unterbietungswettbewerb stoppen und die wohlfahrtsstaatlichen Finanzierungskrisen eindämmen sollen; Beispiele sind die „Rente mit 67“ und der Ausbau von Krippenplätzen.





Mit dem Vertrag von Lissabon wird nun der dritte Versuch unternommen, soziale EU-Grundrechte zu verankern. Außerdem verändert er die politischen Entscheidungsstrukturen. Ausschlaggebend ist, dass

(a) europäische Koordinierungspolitiken im Bereich des Sozialen nun zu rechtsverbindlichen Rahmenentscheidungen führen und

(b) den Bürgerinnen und Bürgern die einzelnen Schritte der gesamteuropäischen Koordinierungsschritte durch die nationalen Parlamente besser vermittelt werden können. Damit ist die demokratische Beteiligung am gesamteuropäischen Ausgestaltungprozess eines europäischen Sozialstaatsmodells für alle Unionsbürgerinnen und -bürger in den Bereich des Möglichen gerückt.

## □ Europäischer Transformationsprozess

Derzeit befinden wir uns in einer Transformationsphase. Verabschieden müssen wir uns von nationalstaatlichen Gewissheiten. Heute geht es darum, den europäischen Integrationsprozess im Bereich des Sozialen aktiv mitzugestalten. Die aus dem Gleichgewicht geratenen sozialen Systeme der Mitgliedstaaten bedürfen der koordinierten europaweiten Restrukturierung. Um die Restrukturierungen sozial auszugestalten, sind starke Bewegungen und Verbände notwendig, die sich an der Seite von Parteien konstruktiv und verantwortlich am Transformationsprozess beteiligen. Gleichzeitig bedarf es verantwortlicher Unternehmen und kompromissbereiter Arbeitgeberverbände, die sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und dem langfristigen Profit verschreiben.



Dazu gehören auch Debatten um die Ausgestaltung eines europäischen Betreuungsmodells. Aus historischer Perspektive steht für die Mitglieder der kontinental-europäischen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten außer Zweifel, dass die in der EU aktive Wirtschaft auch für die Finanzierung der gesellschaftlich notwendigen Sorgearbeit Sorge zu tragen hat. Die Mitglieder der osteuropäischen und liberalen Wohlfahrtsstaaten müssen wir erst noch davon überzeugen. Gute Argumente sind die Stärkung familiärer und gemeinschaftlicher Bindungen vor Ort sowie eine europäische Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen bietet. Eine kollektive Entscheidung für ein europäisches Betreuungsmodell, das Frauen und Männer nicht nur im Bereich der Erwerbsarbeit, sondern auch im Bereich der Verteilung von Sorgearbeit gleichgestellt und ihnen dafür finanziell abgesicherte Freiräume schafft, ist ein Bedürfnis, das die jüngeren Generationen verbindet und den älteren Generationen zu Gute kommt. ■



Foto: www.fotolia.de, © Franz Pfluegl

⇒ Dr. Ute Behning, geb. 1965, ist Gründungsdirektorin des Institutes für europäische Wohlfahrtssystemforschung, Bremen.

## Wer schließt die Dienstleistungslücke im Privathaushalt?

von Claudia Gather



Foto: www.fotolia.de, ©Rüdiger Rebmann

» Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten 50 Jahren wurde nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Beteiligung von Männern an den Haus- und Fürsorgearbeiten begleitet. Dies führt zu der Frage, wer diese Arbeiten übernommen hat bzw. übernehmen soll. Im Vergleich mit anderen Ländern wird in Deutschland noch vieles in den Familien selbst geleistet, während in Schweden der Staat Kinderbetreuung und Altenpflege übernommen hat. In den USA wird dies überwiegend über den Markt geregelt.

In Deutschland scheint ein Weg, den Haushalte angesichts dieser Dienstleistungslücke beschreiben, die Beschäftigung von Hilfen im Haushalt – zumeist Putzfrauen für einige Stunden pro Woche, aber auch Pflegerinnen und Au Pairs zu sein. Leisten können sich dies die Mittelschichten.

Niemand kennt die genauen Zahlen, da die Arbeit überwiegend ohne Abgaben von Steuern oder Sozialversicherung verrichtet wird, dennoch wird geschätzt, dass heutzutage wahrscheinlich so viele Haushaltsarbeiterinnen beschäftigt werden wie zur Hochzeit der Dienstboten um 1900.

Damals waren ca. 1,3 Millionen Dienstboten registriert. Ein erheblicher Teil der heutigen Haushaltsarbeiterinnen sind Migrantinnen.

» Ich möchte in diesem Beitrag der Frage nachgehen, ob diese Arbeitsverhältnisse im Schattenarbeitsmarkt zwei Gruppen von Frauen helfen, ihre Notlagen zu überwinden, oder eher einem Teil der Menschen Entwicklungschancen nimmt und das Vorwärtkommen der anderen darauf aufbaut. Zu diskutieren ist in diesem Zusammenhang auch, ob es in Bezug auf die Ungleichheit einen Unterschied macht, wenn Haushaltsarbeit nicht als Schwarzarbeit, sondern über den Markt angeboten wird. Ich beschränke mich hier im Wesentlichen auf die Betrachtung haushaltsnaher Dienstleistungen (wie z.B. Reinigungsarbeiten, Wäschepflege und Kochen etc.), ausgeklammert bleiben Kinderbetreuung und Altenpflege. Zuerst werden Haushaltsarbeiterinnen betrachtet, die Arbeiten gegen Geld verrichten und anschließend Privathaushalte als Arbeitgeber. Drittens soll die Vermarktlichung angeschnitten werden.



## □ Haushaltsarbeiterinnen

In Interviews, die wir für ein Forschungsprojekt mit Haushaltsarbeiterinnen und mit Gebäudereinigerinnen geführt haben, berichten die Reinigerinnen übereinstimmend, dass sie die Arbeit angenommen haben, weil sie sich in einer (finanziellen) Notsituation befunden haben und weil es keine Alternativen gab. Die meisten beabsichtigen, nur vorübergehend als Putzfrau zu arbeiten und sobald die Notsituation überwunden ist und sich eine andere Chance ergibt, diese zu ergreifen. Migrantinnen ohne Aufenthaltsstatus sehen zumeist wenig Alternativen: „Wenn man illegal ist, bleiben nur die niedrigsten Jobs: Eine illegale Frau, ob jung oder alt, hat nur eine Zukunft: Putzen,“ berichtet eine Akademikerin aus Südamerika, die schon seit vielen Jahren, anfangs mit, später ohne Papiere in Deutschland lebt.

» Die Arbeit ist körperlich anstrengend, manche empfinden sie auch als kränkend und entwürdigend. Putzen hat ein ausgesprochen schlechtes Image, als ob der Dreck an denen klebe, die ihn entfernen. Viele Frauen erzählen deswegen im Freundes- und oft auch im Familienkreis nicht, dass sie als Putzfrau arbeiten. Nebenbei bemerkt: die geringe Identifikation mit der Arbeit und der vorübergehende Status schlägt sich auch in dem äußerst geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Haushalts- und Gebäudereinigerinnen, die im ersten Arbeitsmarkt arbeiten, nieder. Die Perspektive richtet sich darauf, den Job zu verlassen und nicht, sich kollektiv für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Berufliche Perspektiven bieten Putzjobs in Privathaushalten kaum. Die Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten sind gekennzeichnet durch die Abwesenheit vom Normalarbeitsverhältnis. Die, die dort arbeiten, sind über diese Jobs nicht krankenversichert (weder in der Schwarzarbeit noch im Mini Job), auch im Mini Job nicht arbeitslosenversichert, und es entstehen beim Mini Job nur minimale Ansprüche in der Rentenversicherung.

Entgegen der Annahme, dass Putzarbeiten „Jedefrau“-Tätigkeiten seien, beinhaltet die Arbeit erhebliches Fachwissen und hohe Anforderungen. Tatsächlich arbeiten Frauen mit den unterschiedlichsten beruflichen Hintergründen und Ausbildungen in Privathaushalten. Die Entlohnung im informellen Arbeitsmarkt scheint eher ethnische Vorurteile zu berücksichtigen als Qualifikation und Fähigkeiten. Es wird immer wieder berichtet (ohne dass dies bislang wissenschaftlich erhärtet wäre), dass deutsche und polnische Frauen den höchsten Stundenlohn erzielen, während südamerikanische Frauen geringere Löhne erhalten, noch schlechter bezahlt würden afrikanische Frauen.

» Auf der anderen Seite berichten Haushaltsarbeiterinnen aber auch über positive Aspekte: Die Arbeitsplätze weisen viel Autonomie auf. Diese betrifft die Arbeitsorganisation und die Wahl der Arbeitgeber. Wir haben auch Stolz auf die eigene Arbeitsleistung angetroffen. Einigen Frauen gelingt es, das Einkommen aus der vorübergehenden Putzarbeit für den Aufbau einer Existenz im Heimatland zu nutzen. Bei anderen verschiebt sich dagegen, entgegen der ursprünglichen Absicht, die Rückkehr. Fehlt es den Haushaltsarbeiterinnen an gesellschaftlicher Anerkennung, sozialer Absicherung und Aufstiegsperspektiven, erhalten die Arbeitgeberhaushalte durch die Beschäftigung von Haushaltsarbeiterinnen Freiräume, z.B. für die Verfolgung ihrer beruflichen Entwicklung.

## □ Privathaushalte als Arbeitgeber

Die Tendenz in den alten Bundesländern in den oberen Einkommensklassen Haus- und Fürsorgearbeiten gegen Entgelt zu vergeben, nimmt Konfliktpotenzial aus den Beziehungen. Es wächst für einen Teil der Frauen die Chancengleichheit mit den (Mittelschicht-)Männern. Ehrenreich und Hochschild haben das in ihrer Studie über die USA folgendermaßen ausgedrückt: „Viele Frauen haben nur deshalb in der harten ‚Männerwelt‘ Karriere machen können, weil sie die Fürsorge für ihre Kinder, ihre alten Eltern und ihren Haushalt Frauen

aus der Dritten Welt übertragen haben.“ Die stundenweise Beschäftigung von Haushaltshilfen ist ein westdeutsches Phänomen. 97,3 Prozent der Haushalte in Ostdeutschland (laut Jürgen Schupp) beschäftigen keine Haushaltshilfen. Neben dem geringeren Einkommen ostdeutscher Haushalte gibt es in Ostdeutschland auch keine „Kultur“ der Beschäftigung von Haushaltsarbeiterinnen. So war es in der DDR die Norm, ermöglicht durch öffentliche Kinderbetreuungsplätze, dass Mütter in Vollzeit arbeiteten. Aufgrund der Vollbeschäftigung gab es zudem kaum Arbeitskräfte, die für diese Arbeiten zur Verfügung standen.

## □ Vermarktlichung

In Privathaushalten wird ein großes Beschäftigungsreservoir für Geringqualifizierte vermutet. Mittlerweile gibt es allerdings auch kritische Stimmen, die vor einer Überschätzung des Beschäftigungspotenzials in Privathaushalten warnen. Die Idee, zwei Probleme durch die Vermarktlichung von Haushaltsarbeiten zu lösen, einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (für die Mittelschichten) und andererseits Erwerbsarbeitsplätze für gering qualifizierte Arbeitslose zu schaffen, ist zwar bestechend, hat bislang jedoch trotz erheblicher Bemühungen nicht funktioniert. In Deutschland wird aktuell auf Mini Jobs in Privathaushalten gesetzt. Das sind prekäre, sozial ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Weg erhöht die Ungleichheit zwischen Frauen und ist deswegen kritisch zu sehen.

Von Seiten der Politik gab es in den letzten ca. 15 Jahren mehrere Versuche, die darauf abzielten, die Haushaltsarbeit in Privathaushalten zu vermarktlichen, bzw. die Schwarzarbeit in diesem Bereich in legale Arbeitsverhältnisse zu überführen. Keine dieser Anstrengungen war von durchschlagendem Erfolg gekrönt. Zu nennen ist das „Haushaltscheckverfahren“ (1997), das wegen geringer Inanspruchnahme Ende 2001 wieder abgeschafft wurde. Auch die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung (1999, von 630 DM-Jobs zu 325 Euro-Jobs), hat keine Erhöhung

der Zahl der in Privathaushalten formell registrierter Arbeitnehmer gebracht. Die Einführung der Mini Jobs in Privathaushalten im Jahr 2003 hat immerhin zu einem Anstieg von ca. 39.000 auf 128.000 gemeldete Beschäftigungsverhältnisse geführt. Dieser moderate Anstieg bleibt insgesamt allerdings weit hinter der vermuteten Inanspruchnahme von Schwarzarbeit im Privathaushalt zurück. Für die Arbeitnehmerinnen bringen Mini Jobs, außer einem besseren Gewissen (was nicht zu unterschätzen ist), kaum Vorteile zur Schwarzarbeit. Festzuhalten bleibt, dass sich unter anderem im Zuge der Globalisierung ein grauer Arbeitsmarkt in Privathaushalten entwickelt hat, der sich Veränderungsbemühungen beharrlich entzieht.

Auch wenn der Vaterschaftsurlaub ein Schritt in die richtige Richtung ist, ist unrealistisch anzunehmen, dass es in absehbarer Zeit gelingen könnte, die Männer paritätisch an den Haus- und Sorgearbeiten zu beteiligen. Das heißt, die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen wird eher weiter zunehmen, auch aufgrund des wachsenden Anteils der Älteren und des wachsenden Pflegebedarfs. Damit stellt sich die Frage, wie man die Dienstleistungslücke schließen kann, ohne dies im Wesentlichen auf dem Rücken der Frauen auszutragen, die in diesem Bereich arbeiten.

## □ Was tun, um die Ungerechtigkeitslücke zu schließen?

Es wird viel darüber nachgedacht, wie für (Mittelschicht-)Familien unterstützende Dienstleistungen erhöht werden können, aber zu wenig darüber, unter welchen Bedingungen für die Erbringenden dies geschehen soll. Durch den Markt (und vor allem mittels Mini Jobs) wird das Problem der zunehmenden Ungleichheit zwischen Frauen die sich Haushaltshilfen leisten können und denen, die sie verrichten, eher vergrößert. Es sei denn, die Haushaltsarbeiterinnen könnten die Haushalte verlassen (wie die Dienstboten in der Weimarer Republik), weil auf dem Arbeitsmarkt massenhaft attraktivere Arbeitsplätze entstünden. Das ist jedoch nicht absehbar.

» Es gibt zurzeit wenig Phantasie, die Organisation der Haushaltsarbeit ganz neu zu denken. Um die Situation für Haushaltsarbeiterinnen in Deutschland zumindest ansatzweise zu verbessern, sollte überlegt werden, wie die folgenden vier Forderungen umgesetzt werden können:

1. Gegen das negative Stigma des Putzens und das geringe soziale Ansehen könnten Professionalisierungs- und Qualifizierungsoffensiven helfen. Stichwort ist hier die Aufwertung der Haushaltsarbeit als qualifizierter Beruf.
2. Ausbau und weitere Entwicklung kommunaler oder privatwirtschaftlicher Dienstleistungsagenturen und -pools, wie sie z.B. Claudia Weinkopf beschreibt. Dies könnte dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Aufgrund des Preisunterschieds zur Schwarzarbeit kann das nur unter finanzieller (Anschub-) Subventionierung der Angebotsseite gehen, da die Bereitschaft der Haushalte, deutlich mehr als Schwarzmarktpreise zu bezahlen, für gering gehalten wird.
3. Exklusive Beschäftigungsquoten für Haushaltsarbeiterinnen aus Drittstaaten (wie in Spanien, England, Griechenland, Zypern und Italien) wären ein Anfang, sind jedoch auch umstritten, da sie Migrantinnen auf das Tätigkeitsfeld Privathaushalt festlegen.
4. Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen auch für Ältere mit geringem Einkommen, die in keiner Pflegestufe sind, aber dennoch Unterstützung benötigen (evtl. auch zusätzlich zu einer Pflegestufe). Hier könnten, ähnlich wie in Schweden, die Kommunen Verantwortung übernehmen. ■

↳ Prof. Dr. Claudia Gather, Professur für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Wirtschaft und Geschlechterverhältnisse, FHW Berlin.

Im Text wird auf die deutsche Übersetzung des englischen Begriffs „domestic worker“ zurückgegriffen und von „Haushaltsarbeiterinnen“ gesprochen.

## PapyRossa Verlag



**Werner Biermann/Arno Klönne: Agenda Bertelsmann** - Ein Konzern stiftet Politik | Broschur | 142 Seiten | EUR 11,90

Ob Privatisierung oder Studiengebühren, Hartz IV oder globale Militärinterventionen: Die gesellschaftspolitische Agenda der Bundesrepublik stammt von der Bertelsmann-Stiftung. Ihr Zielhorizont: Gesellschaft, geführt wie ein Unternehmen, postdemokratisch.



**Michael Klundt (Hg.): Kapitalismus versus Barbarei?** Die Geschichtsschreibung der Neuen Weltordnung | Broschur | 240 Seiten | EUR 15,90

Dem Geschichtsbild der Neuen Weltordnung gilt der Kapitalismus als Alternative zur Barbarei. Eine internationale Autorengruppe meldet Zweifel an: Eric Hobsbawm, Arno Klönne, Domenico Losurdo, Michael Parenti, Jacques Pauwels u.a.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05  
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de



## Pflegereform und Pflegezeitgesetz

**Mehr Daseinsvorsorge! Nicht nur Aufgabe der Frauen.**

von Hannelore Buls



» Das Pflegezeitgesetz wird für Erwerbstätige, die sich mit einem plötzlichen oder zu erwartenden Pflegefall in der Familie auseinandersetzen müssen, erhebliche Verbesserung bringen. Die ver.di-Forderung, Pflege dürfe nicht nur den Frauen angelastet werden, wird mit der maximal sechsmonatigen Freistellungsmöglichkeit erfüllt. Unser Ziel ist es, dass erwerbstätige Frauen erwerbstätig bleiben können. Die Pflegezeit kann von mehreren Familienangehörigen für denselben Pflegefall genommen werden. So vergrößert sich die Chance auch für Männer, für eine Pflege verfügbar zu sein.

» Eine Grundfrage in Bezug auf die Pflege ist heute in Betrieben vielfach: Haben wir hier überhaupt ein Vereinbarkeitsproblem? Grund für diese Sichtweise ist sehr häufig, dass die Pflege von Angehörigen im Betrieb einfach noch kein Thema ist – nicht etwa weil wir keine Anforderungen an Beschäftigte durch häusliche Pflege oder Betreuung von Angehörigen im Heim hätten, sondern weil darüber im Betrieb noch nicht gesprochen wird. Für den vergleichbaren Bedarf in der Kinderbetreuung war das früher auch so. Dies hat sich aus verschiedenen Gründen aber inzwischen verändert. Derzeit spricht man von ca. 2 Millionen Pflegefällen in Deutschland, wovon ca. 600.000 in der stationären Heimpflege sind. Die anderen werden zu Hause oder im Haushalt ihrer Kinder betreut. Hier sind Angehörige betroffen, die sich um die Organisation kümmern oder auch Leistungen selbst erbringen. Und es sind Beschäftigte in der Pflege betroffen, die den Pflegeberuf ihrerseits mit Familienpflichten in Übereinstimmung bringen müssen. Die Reform der Pflegeversicherung ist daher wegen ihrer qualitativen Wirkungen für alle Beschäftigten wichtig.



Foto: www.fotolia.de, © Elisabeth Rawald

### □ Professionelle Pflegedienstleistung muss den Grundstock bilden

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die Pflegefallzahlen anwachsen, so dass ein Regelungserfordernis immer stärker zu Tage trat. Die bessere Frage ist daher heute: Wie erreichen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf? Wie müssen die Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege verändert werden? Die ver.di Frauen- und Gleichstellungspolitik hat das Thema im Sinne der Frauen als Angehörige schon im Jahr 2005 aufgegriffen. Der ver.di-Fachbereich Gesundheit nimmt die Interessen der Beschäftigten in den Pflegeberufen war. Unser Anliegen ist, dass die zunehmende Pflegeverantwortung nicht nur den Frauen auferlegt wird, sondern dass für diese gesellschaftlich notwendige Arbeit kommunale und andere ambulante Dienste den Grundstock bilden, der durch die Pflege aus der Familie heraus ergänzt wird. Dabei sind ehrenamtliche Leistungen, die aus einer zwischenmenschlichen Motivation erbracht werden, deutlich von allen Leistungen abzugrenzen, die professionell erbracht werden sollten.





Anders als in Schweden, wo jeder Bürger/ jede Bürgerin einen individuellen Anspruch auf die „kommunale Dienstleistung Pflege“ hat und Angehörige zusätzlich dazu betreuen, baut die deutsche Sichtweise in der Pflege auf Ehe und Familie auf. Der „Teilkasko“-Charakter unserer Pflegeversicherung spiegelt diese traditionelle gesellschaftliche Ansicht wieder, dass zunächst die Familie die Aufgaben der Pflege zu übernehmen hat (Subsidiarität), wobei die Pflegedienste in Ergänzung dazu gesehen werden. Und da in Deutschland (west) die Verantwortung für Familie und Haushalt traditionell den Frauen auferlegt war (bis 1977 noch gesetzlich), ist auch heute das Vereinbarkeitsproblem für Frauen immer noch im Vordergrund.



Foto: Christian Kiel

Pflege ist als gesellschaftlich notwendige soziale Arbeit zwar zwischenzeitlich anerkannt, aber sozusagen nicht „salonfähig“ wie inzwischen die Kinderbetreuung. Pflegende Angehörige verschweigen daher oft ihre Pflegeverpflichtung im Betrieb, weil sie befürchten, zur Risikogruppe erklärt zu werden und möglicherweise Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Dies erschwert die ohnehin vorhandene Vereinbarkeitsproblematik zusätzlich.

## □ Pflegende Angehörige müssen im Beruf bleiben können

Als Vertretung der erwerbstätigen Frauen setzen die ver.di-Frauen sich in erster Linie dafür ein, dass erwerbstätige Angehörige trotz Pflegebedarf in der Familie im Beruf bleiben können oder ihnen der Zugang erhalten bleibt. Rückkehrrechte nach Freistellung oder nach Teilzeit sind daher besonders wichtig, auch im Hinblick auf die eigenständige Existenz- und Alterssicherung von Frauen. Bedauerlich ist deshalb, dass das Teilzeit- und Befristungsgesetz nicht ausreichend geändert wurde. Die Regelung zur Inanspruchnahme von Teilzeit und flexibler Lage von Arbeitszeit ist so letztlich den Tarif- und Betriebsparteien überlassen und die Belange des Betriebes behalten einen Vorrang vor denen von pflegenden Angehörigen. Damit wird ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege leider nicht gesetzlich aufgenommen.



Die Freistellung wird künftig möglich, ohne den Verlust der sozialen Absicherung riskieren zu müssen. Hier wird das für Frauen unverzichtbare Ziel der eigenständigen Existenz- und sozialen Sicherung in die Praxis umgesetzt. Vereinbarkeitsregeln müssen den Erhalt der Kranken- und Arbeitslosenversicherung umfassen. Ein Ausgleich in der Rentenversicherung ist richtig, wobei die jetzigen Anrechnungen insbesondere bei einer Vollfreistellung zu erhöhen sind. Auch die kurzzeitige Akut-Freistellung bis zu 10 Tagen verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. ver.di-Frauen treten hier nach wie vor für eine Lohnersatzleistung ein. Unternehmen mit weniger als 15 Beschäftigten sind ausgenommen. In diesen Betrieben sind sehr viele Frauen beschäftigt. So müssen auch deshalb eher die angehörigen Männer, die häufiger in größeren Firmen arbeiten, Pflegeverantwortung mit übernehmen.

⇒ Hannelore Buls, arbeitet im Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin, Schwerpunkt: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik für Frauen sowie frauenpolitische Programmatik.

## □ Hochwertige Pflege zu tarifvertraglicher Vergütung

Ein Ausbau von Pflegediensten kann grundsätzlich auch zur Schaffung qualifizierter und sozialversicherter Arbeitsplätze im Pflegebereich beitragen. Hier müssen allerdings noch die Bedingungen eingehend geprüft werden, unter denen der Ausbau dann stattfindet. Pflege und Gesundheitsversorgung sollten als öffentliche Daseinsvorsorge angeboten werden. Ein wichtiger Baustein, um auch Pflegekräften die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, ist deshalb die Einhaltung des Pflegepersonal-Schlüssels, der andererseits vorrangig für den Erhalt der Pflegequalität ist.

» ver.di unterstützt den Ansatz der Bundesregierung, die „ortsübliche Vergütung“ des Personals zur Voraussetzung für die Zulassung von Pflegediensten und Heimen zu machen, und geht davon aus, dass damit Tarifverträge gemeint sind. Auch für die Pflegebedürftigen ist eine solche Regelung wichtig. Sie müssen darauf vertrauen können, dass sie von professionellem Personal mit ordentlichen Arbeitsbedingungen versorgt werden. Pflege erfordert ein hohes Maß an Professionalität, auch von pflegenden Angehörigen. Die ausreichende Verfügbarkeit von hochwertigen ambulanten und (teil)stationären Diensten ist deshalb der wichtigste Baustein, um die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf herzustellen, indem Überforderung der Angehörigen vermieden wird. Pflege erfordert medizinische, körperlich/gesundheitsschützende, psychische und soziale Kompetenzen. Pflegekräfte brauchen daher eine optimale Ausbildung und besonders in den ambulanten Diensten, wo die Pflegekraft in der Regel auf sich allein gestellt ist, ausreichende Erfahrung.

## □ Das Ehrenamt darf keinen Arbeitsplatz in der Pflege ersetzen

Ein Ersatz von professionellen Pflegekräften durch Helferinnen oder ehrenamtlich Tätige ist deshalb keinesfalls vertretbar, auch nicht durch Angehörige. Bei aller Hochachtung vor ehrenamtlichem Engagement stellen die ver.di-Frauen fest, dass gerade in der Pflege keine Konkurrenz zwischen ehrenamtlichem und beruflichem Einsatz stattfinden darf. Das Ehrenamt darf keinen Arbeitsplatz ersetzen, sondern nur zusätzlich für zwischenmenschlich motivierte Betreuung eingesetzt werden. Eine Konkurrenz zwischen ehren- und hauptamtlicher Pflege ist nicht zulässig. Sie bedeutet in der Regel, dass die „typisch weiblichen“ Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht entlohnt werden und damit lässt sich zusätzlicher Druck auf die Lohnkosten in der professionellen Pflege entwickeln, was wiederum den Qualitätsstandard senken würde. Die Bedingungen in der professionellen Pflege wirken sehr direkt auf Frauen, denn insgesamt sind ca. 80% der Pflegekräfte weiblich. Die Kosten- und Personalentwicklungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass Pflegekräfte unter hohem zeitlichen, psychischem und Kostendruck stehen, wodurch auch ihre eigenen Familienleistungen beeinträchtigt werden können. Auch die Pflege durch Angehörige braucht Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung. Zum Schutz der Pflegenden und Pflegebedürftigen ist mehr Beratung und Kontrolle erforderlich, z.B. sollte mit Casemanagement bestimmbar gemacht werden, wo Fachkräfte eingesetzt werden müssen und wo Laien eingesetzt werden können. Die Vorschläge zur Reform der Pflegeversicherung sehen eine Beitragserhöhung vor. Das belastet zwar weiter die Einkommen der Beschäftigten. Aus Sicht von Frauen, die bisher die Pflege weitestgehend selbst und unbezahlt übernehmen müssen, ist jedoch die damit einhergehende Entscheidung für den Ausbau professioneller ambulanter Dienste sehr viel zielführender. „Mehr Daseinsvorsorge“ setzt sich durch. So können Qualität der häuslichen ambulanten Pflege verbessert und angehörige Frauen von ihrer starken Beanspruchung entlastet werden. ■



Foto: Christian Kiel

» Die Kritikerinnen und Kritiker der im deutschen Sozialstaat manifestierten Aufteilung zwischen der privaten Familien- und Sorgearbeit und der beruflichen Erwerbsarbeit haben schon früh den Blick auf unsere Nachbarländer gerichtet und auf die Möglichkeiten einer anderen Aufgabenteilung und -zuschreibung verwiesen. Autorinnen wie Ilona Ostner, Jane Lewis oder Birgit Pfau-Effinger haben Wohlfahrtsstaaten auf die ihnen zugrundeliegenden Geschlechterleitbilder untersucht. Einen guten aktuellen Überblick über die Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und den Problemen geteilter Fürsorge bietet: Ostner, I./Leitner, S./ Schratzenstaller, M. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch, 2004.

» Spezifisch zur Frage der unterschiedlichen Formen der Auslagerung haushaltsnaher Dienstleistungen in der EU aus der Gender-Perspektive liefert folgende Studie frische empirische Ergebnisse: Weinkopf, C. et al: Frauen in „einfachen“ Tätigkeiten: Abschlussbericht. Studie erstellt im Auftrag des Ausschusses für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments, 2007\*

In Bezug auf familienpolitische Leistungen zeigt der internationale Vergleich nach wie vor gravierende Mängel in Deutschland. Obwohl Deutschland vergleichsweise viel für Familienpolitik ausgibt, zeigt die OECD-Studie „Babies and Bosses“\*, dass hierzulande mehr Kinder in wirtschaftlich prekären Verhältnissen leben als in den meisten anderen OECD-Ländern. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass in Deutschland die Rahmenbedingungen fehlen, damit Eltern selbst einen Beitrag zur Verbesserung

## Literaturschau

von Claudia Bogedan

und Stefan Stache



der wirtschaftlichen Lage leisten können: Die Betreuungsquote von Kindern zwischen null und drei Jahren liegt mit 9% weit unter dem OECD-Durchschnitt (23%).

» Dieses unzureichende Angebot der öffentlichen Kinderbetreuung trifft besonders Mütter in sozial schwächeren Familien. Denn nur wo das Betreuungsangebot gut ist, gelingt auch Müttern mit geringerer Bildung der (Wieder-)Einstieg in das Arbeitsleben. Dies ist ein Ergebnis der Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts: Bien, W./ Rauschenbach, Th./Riedel, B. (Hrsg.): Wer betreut Deutschlands Kinder? 2007\*.

Die Vereinbarkeitsprobleme führen jedoch nicht nur zu Unzufriedenheit bei den Eltern, sondern sind auch schlecht für Wachstum und Beschäftigung, so die Studie: Rürup, B./ Gruescu, S.: Familienorientierte Arbeitszeitmuster – Neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005\*. Demnach sind familienfreundliche Arbeitszeiten ein Schlüssel für eine bessere Vereinbarkeit.

Aufschlüsse darüber, wie weit die Realität von diesen entfernt ist, liefern Daten in: Klenner, C./ Pfahl, S.: Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht. Wege aus dem Arbeitszeitdilemma Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden. WSI-Diskussionspapier, Nr. 158, 2008\*.

\*Die Studien können bei den jeweiligen Institutionen kostenlos gedownloadet werden.

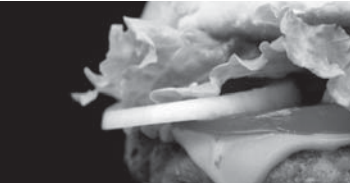


Foto: www.fotolia.de, © khz

## Kinderspiel Kapitalismus: Dialektik – satt!

von Alexandra Kramm ■ ■

» Es war ein langer Tag. Der Berg von Arbeit war nicht zu bewältigen. Das Telefon klingelte unaufhaltsam und als es endlich ruhig war, leuchteten die Sterne durch das Fenster über meinen unerledigten Aufgabenhügel. Zeit zum nach Hause gehen. Zeit die Füße hoch zu legen und die Leere im Kopf mit Fernsehjunk zu füllen. Wäre da nicht dieses Gefühl im Magen, tief in mir drin. Das pappige Salami-Brötchen zum Mittag hatte keine langfristigen Spuren hinterlassen. Ohne eine warme Mahlzeit würde mein Körper nicht zu seiner wohl verdienten Ruhe kommen, das war klar. Ich dachte an meine Küche. Übersichtlich im Kühlschrank und künstlerisch im Abwaschbecken gestapelt hatte ich sie hinterlassen. Kochen war keine Option. Da entstand vor meinem geistigen Auge eine Vision. Knusprig gegrilltes Fleisch, begleitet von knackigen Salatbeilagen, delikate Saucen und cremiger Käse verfeinern den Geschmack der umhüllenden Backwaren: Ein Cheeseburger. Körper und Seele verlangten nach angenehm warmen, fettigen und vor allem richtig satt machenden Speisen.

» Zum Glück sind die Zeiten vorbei, in denen politisch bewusste Menschen im Sinne der Korrektheit die Stätten der imperialistischen Burger-Produzenten boykottierten. McDonalds oder Burger King warteten um jede Ecke auf mich. Doch etwas hielt mich zurück. Der Gedanke daran, allein in einem neondurchfluteten Essensaal, begleitet vom Besten der 70er, 80er, 90er und aller Zeiten meinen handlich verpackten Burger zu verspeisen schreckte mich ab. Soweit war es noch nicht mit mir gekommen. Ein ungeahnter kultureller Widerstand bäumte sich in mir auf. So wollte ich heute nicht enden. So nicht. Leider vertrieb die

Welle von Kulturanspruch meinen Hunger nicht. Sie beförderte aber meine letzten Energien ins Gehirn, so dass die Erinnerung an einen Artikel in der Berliner Zeitung wach wurde. „Bürgerbewegung“ – so nannten sie den Trend alternative Bruzzelbuden mit hochwertigen Zutaten in Kreuzberg und Prenzlauer Berg aufzumachen. Da wollte ich hin.

» Gesagt – getan. Im Marienburger war grad mal Platz für acht Leute, die auf Barhockern mit Blick auf die frochgrünen Wände Teriyaki Burger, Tofuburger und stinknormale Hamburgurger verdrückten. Man kannte sich und unterhielt sich. Ich bestellte meinen Cheeseburger und eine Portion Pommes dazu. Nach dieser geistigen Odyssee hatte ich mir das verdient. Wie zwei Memory-Karten glichen sich mein Burger-Ideal und das vor mir stehende Exemplar. Mein Glück kannte keine Grenzen. Beim Essen in netter Umgebung las ich in der Zeitung von heute die neuesten Zahlen zum Übergewicht in Deutschland und schluckte meine Gewissenbisse mit dem letzten Happen herunter. Da fiel mein Blick auf besagten Artikel, der hier aushing: „Der Weg ist frei für die Neuinterpretation des Burgers als von ideologischem Ballast befreite kulinarische Ikone. [...] Warum sollte nicht auch der Burger zum Symbol der Anti-Globalisierung und der Auflehnung gegen Massentierhaltung und Kulturimperialismus mutieren? Alles eine Frage der Dialektik.“

Rundum zufrieden verließ ich die Braterei. Schön, dass so etwas möglich ist. ■

↳ Alexandra Kramm, ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin ([www.schulter-blick.de](http://www.schulter-blick.de)).



## Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Steuerflucht und Steueroasen



von Arne Heise



Foto: www.fotolia.de, © Udo Ingber

» Deutschland wird von einem Steuerskandal erschüttert: Der Chef der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, hat offenbar Steuern in Millionenhöhe hinterzogen und, schlimmer noch, dies scheint kein Einzelfall eines Fehlgeleiteten zu sein, sondern das gängige Verhalten der deutschen Wirtschaftselite. Über 1.000 weitere, mehr oder weniger prominente Steuerflüchtlinge soll es nach Liechtenstein getrieben haben.

Das Problem der Steuerflucht ist längst bekannt, doch niemals zuvor ist das Ausmaß dieses Verhaltens – immerhin ein Wirtschaftsverbrechen – so deutlich geworden, wie in den letzten Wochen. Interessant dazu ist sicher die Einschätzung des Unternehmers Hans-Rudolf Wöhrli, der in der ARD-Sendung ‚Hart aber fair‘ die Auffassung vertrat, das deutsche Steuersystem sei gerade für Spitzenverdiener so ungerecht, dass es nur verständlich sei, wenn diese nach ‚Steuerschlupflöchern‘ suchen. Dies soll als Aufhänger für eine nähere Betrachtung des Themas genutzt werden.

### □ Das Leistungsfähigkeitsprinzip

Das deutsche Steuersystem funktioniert nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip, d.h. jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit, nicht nach der tatsächlichen Inanspruchnahme, zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Das Leistungsfähigkeitsprinzip wird grundsätzlich deshalb gewählt, weil bei ‚öffentlichen Leistungen‘ allzu häufig nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, wer, wie

häufig und in welcher Intensität öffentliche Leistungen in Anspruch nimmt, vor allem aber soll der Entzug von finanziellen Ressourcen für alle etwa das gleiche ‚Opfer‘ darstellen. Und wer über höheres Einkommen (als Ausdruck der Leistungsfähigkeit) verfügt, kann nicht nur mehr an Steuern aufbringen, sondern auch einen höheren Steuersatz verkraften. Andererseits wird durch die Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip auch der Bezug des Ressourcenentzugs zur öffentlichen Leistung, die dafür bereitgestellt wird, gekappt und allzu häufig sehen SteuerzahlerInnen nur mehr die Steuerbelastung, nicht aber die dafür erhaltenen öffentlichen Leistungen wie Infrastruktur, Bildung, Forschung, soziale Sicherheit, kulturelle Versorgung, Preisstabilität, innere und äußere Sicherheit usw.

» Es ist völlig legitim, dass SteuerzahlerInnen jene Ausnahmetatbestände (z.B. Abschreibungsmöglichkeiten, Werbekosten) nutzen, die – weshalb auch immer – existieren. Im Rahmen von Grundfreibeträgen und Pauschalsätzen tut dies jeder Steuerzahler. Ebenso wenig lässt sich dagegen sagen, dass Unternehmen und Privatpersonen die Chance der weltweiten Mobilität nutzen und ihre Aktivitäten bzw. den Lebensmittelpunkt in einen anderen Steuerraum verlagern – selbst wenn dies wesentlich geschieht, um in den Genuss niedrigerer Steuersätze oder anderer Standortvorteile zu kommen. Glücklicherweise sind moderne Großgesellschaften heute keine Volksgemeinschaften mehr, die man nur unter Androhung



Foto: www.photocase.de, © gerhard64

sozialer Ächtung verlassen darf. Wenn all dies unter „Steuerschlupflöcher“ gemeint sein sollte, dann ist nichts dagegen zu sagen – selbst wenn es Menschen geben sollte, die umtriebiger als andere darin sind, solche Schlupflöcher zu identifizieren und zu nutzen. Allerdings nehmen die Möglichkeiten, derartige Ausnahmetatbestände (über Pauschal- und Grundfreibeträge hinaus) in Anspruch zu nehmen, mit steigendem Einkommen zu, was dazu führt, dass die effektive Besteuerung höherer Einkommen oft niedriger ausfällt als die effektive Besteuerung niedriger Einkommen – es entsteht also eine echte Gerechtigkeitslücke, über die Spitzenverdiener wie Herr Wöhl nur ungern sprechen.

## □ Steuerflucht

Einen völlig anderen Tatbestand stellt allerdings die Steuerflucht dar. Hierbei geht es nicht um das Entdecken legaler, wenngleich gesellschaftlich mitunter problematischer Schlupflöcher, sondern um das Verschleiern von zur Besteuerung heranzuziehendem Einkommen. Grundsätzlich müssen in der Bundesrepublik ansässige BürgerInnen oder hier ansässige Unternehmen ihre Einkommen in Deutschland versteuern – egal wo dieses Einkommen entstanden ist. Sie können also die möglicherweise niedrigeren Steuersätze im Land der Einkommensentstehung gar nicht für sich nutzen (Ausnahme: Wenn es Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Land gibt, in dem das Einkommen erzielt wurde) – und das ist auch gut

so, denn sie nehmen ja weiterhin die öffentlichen Leistungen in Deutschland in Anspruch. Hier nun tun sich zwei Möglichkeiten der Steuervermeidung auf, die aber beide nicht legal sind und deshalb als Steuerhinterziehung bzw. Steuerflucht gewertet werden müssen: 1) Es wird eine Wohnortverlagerung vorgegeben, letztlich aber doch der Lebensmittelpunkt in Deutschland behalten – dies kann als „Boris-Becker-Variante“ bezeichnet werden; 2) es wird im Ausland erzielt Einkommen gegenüber dem inländischen Finanzamt verschwiegen – die „Klaus-Zumwinkel-Variante“. Letztere hat den Vorteil, sein soziales Umfeld nicht verlassen zu müssen, aber den Nachteil, Länder finden zu müssen, die sich als „Steueroasen“ hergeben.

## □ Steueroasen

Nach OECD-Definition sind Steueroasen durch extrem niedrige Steuersätze, einen Mangel an Kommunikation und Zusammenarbeit mit Steuerbehörden anderer Länder (z.B. Bankgeheimnis), geringe Transparenz in Sachen Steuererhebung und geringe lokale wirtschaftliche Aktivität der AnlegerInnen gekennzeichnet. Die Nicht-Regierungsorganisation ‚Tax Justice Network‘ wird deutlicher: Es geht um Länder, die ihre Steuergesetzgebungen bewusst so ausgestalten, dass sie fast ausschließlich zur Steuervermeidung von AusländerInnen genutzt werden können. In Europa rechnet die OECD neuerdings nur noch Liechtenstein, Andorra und Monaco zu den Steueroasen, andere Quellen zählen zumindest die Isle of Man, Irland und Malta hinzu. Es liegt in der Natur der Sache, dass es keine genauen Angaben über die Größenordnungen der Steuerhinterziehung gibt, doch das Tax Justice Network schätzt, dass etwa 11,5 Milliarden Dollar weltweit in Steueroasen angelegt sind und so den Steuerbehörden – keineswegs nur in hochentwickelten Volkswirtschaften, sondern auch in Entwicklungs- und Schwellenländern – Steuereinnahmen in Höhe von ca. 250 Milliarden Dollar verloren gehen. ■

↳ Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.



Foto: www.fotolia.de, © Daniel Hohlfeld

» » „Warum so selektiv bei der Bewertung des Hamburger Parteitags der SPD?“ möchte man sowohl Richard Detje, Otto König als auch Andreas Steppuhn zurufen. Das gilt in gewisserweise auch für die Einleitung zum Schwerpunkt. Geht es doch um die grundsätzliche Erneuerung des Verhältnisses der Gewerkschaften und der Parteien. Die selektive Wahrnehmung hat zur Folge, dass entweder zum x-ten Male der Neoliberalismus light der neoliberalen Phase der SPD, kurz der Agenda 2010, entlarvt wird, oder dass bei Andreas Steppuhn das verbesserte Verhältnis zu den Gewerkschaften durch die Beschlüsse zu Mindestlohn und Leiharbeit und das Bekenntnis, die Partei der kleinen Leute zu sein und zu bleiben, reklamiert wird.

» » In der Tat sind die Beschlüsse des Hamburger Parteitags zu Mindestlohn und Leiharbeit wichtig. Bedeuten sie doch eine Abkehr von der neoliberalen Zielsetzung der Agenda 2010, den Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik Deutschland politisch zu etablieren und zu stärken sowie Gute Arbeit als Maßstab künftiger Arbeitspolitik zu setzen. Niedriglohnsektor als Ziel steht im Gegensatz zu den Bedingungen Guter Arbeit: Arbeit, die ökonomische Existenz sichert, die nicht krank macht, die besondere Lebenslagen berücksichtigt, die betriebliche Arbeitsbedingungen und

## Nachhaltigkeit erfordert politische Einmischung

... und eine Zusammenarbeit mit ökologisch-sozialer Bewegung

von Horst Peter und Mathias Lomb



die Unternehmensziele mitbestimmt. Die Politik zur Durchsetzung dieser Ziele wird die Qualität des Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften in Zukunft bestimmen.

Zu befürchten ist, dass sich der Dialog der Linken aus gewerkschaftlicher und parteipolitischer Sicht zu wenig auf das bezieht, was der Kern des Hamburger Parteitags war: das neue Parteiprogramm der SPD. Dabei muss der Dialog über das Jahr 2009 und die Zeit der Großen Koalition hinausreichen.

Was ist nun die auch für die Gewerkschaften zentrale Botschaft des Hamburger Programms? Der Kernsatz steht im Überleitungskapitel zum Praxisteil des Programms unter der Überschrift „Primat der Politik und Prinzip der Nachhaltigkeit“. Dort heißt es: „Nachhaltigkeit betrachten wir als das einzige verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns im 21. Jahrhundert.“ Die weltweite politische Aktualität stützt diese Programmaussage, denn der Klimawandel überfordert die bisherige Logik staatlicher Reformpolitik – selbst die der Linken – und die Logik des modernen Kapitalismus und damit auch die Handlungsstrategien der politischen und wirtschaftlichen Akteure.

»» Das Prinzip Nachhaltigkeit erfordert eine umfassende Politik zum Schutz des Menschen und der Umwelt. So hat der Deutsche Bundestag seine beiden Enquetekommissionen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre als Antwort auf die Herausforderung auf den Klimawandel benannt. Mit Beteiligung der Gewerkschaften und der Arbeitgeber haben beide Kommissionen Handlungsvorschläge gemacht, die immer noch auf ihre Umsetzung warten, obwohl sich inzwischen die Lage verschärft hat. Auf diese Herausforderungen reagiert die SPD mit dem Hamburger Programm.

Im Sinne des Nachhaltigkeitsrats der Bundesregierung konzentriert sich das Prinzip der Nachhaltigkeit auf sechs Ziele:

1. erneuerbare Rohstoffe nur unter Beachtung der Nachwuchsrate nutzen (Regenerationsregel);
2. nicht erneuerbare Rohstoffe sparsam und unter Berücksichtigung der Substituierbarkeit verwenden (Effizienzregel);
3. die Aufnahmegrenzen des Naturhaushalts beachten und Schädigungen des Klimas vermeiden (Assimilationsregel);
4. Gefahren und Risiken von technologischen Prozessen minimieren (Risikoregel);
5. die physischen Grundbedürfnisse der Menschen weltweit aktuell und zukünftig durch elementare Existenzsicherung, Bildungschancen für alle und gesunde Lebensverhältnisse gewährleisten (Reproduktionsregel);
6. die dafür erforderlichen staatlichen Eingriffe gesellschaftlich legitimieren (Demokratieregel). Zugespitzt heißt Nachhaltigkeit im Weltmaßstab: Frieden, ökologische und soziale Gerechtigkeit, Demokratie.

»» Was bedeutet dies für die Gewerkschaften und das von ihnen mit Recht beanspruchte politische Mandat? Zunächst einmal eine Erweiterung. Das Prinzip Nachhaltigkeit stellt Zusammenhänge her, die im Alltag getrennt gesehen werden. Arbeit als Stoffwechsel des Menschen mit der ihm äußeren Natur (Karl Marx)

bildet die Grundlage allen Wirtschaftens und lenkt den Blick auf die Realwirtschaft, in der Ökonomie und Ökologie versöhnt werden müssen. Deshalb muss im Kapitalismus das Kapitalverwertungsprinzip ökologisch und sozial eingegrenzt werden. Das Prinzip Nachhaltigkeit hebt die Trennung von Produktion und Konsumtion, von Arbeit und Leben auf. Der Produktionssektor steht in der Mitverantwortung für die ökologische Qualität der Produkte, für die Klimaverträglichkeit der Produktionsweise und für Rohstoff- und Energieeffizienz. Der Sektor auf Menschen bezogener Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Pflege übernimmt Verantwortung für diejenigen Menschen, die von der Qualität der Dienstleistungen abhängig sind. Der Wissenschafts- und Forschungssektor steht in der Verantwortung für die Risiken, die mit der Anwendung seiner Produkte verbunden sind. Der Sektor zur Bereitstellung öffentlicher Güter kann zum Leitsektor für Gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften werden, da der öffentliche Dienst eher Chancen hat als die Privatwirtschaft, neue Formen des Wirtschaftens anzustoßen. Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum sind die Sektoren verbindenden gemeinsamen Maßstäbe.



Foto: www.fotolia.de, © forca

» Klaus Dörre beschreibt in seinem Beitrag unter dem Stichwort innovative Praktiken die Herausforderungen für die Gewerkschaften. Sie sind von Sektor zu Sektor unterschiedlich, da unter den Bedingungen der Nachhaltigkeit Kapitaleigner und abhängig Beschäftigte nicht mehr die einzigen Akteure sind: Besondere Bedeutung haben im Produktionssektor Umweltinitiativen und -verbände sowie Verbraucherorganisationen, im Dienstleistungssektor Nutzerinitiativen wie Eltern und Schülerinnen und Schüler, Studierende im Bildungsbereich, Patientinnen und Patienten, Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Sozialverbände im sozialstaatlichen Bereich, Kritikerinnen und Kritiker bestimmter Risikotechnologien wie Atom- und Gentechnik im Forschungsbereich, BürgerInnen und NutzerInneninitiativen bei der Gestaltung der öffentlichen Dienste. Das alles bedarf neuer Formen der Kooperation. Der Korporatismus hinter verschlossenen Türen bedarf der Ablösung durch transparente Dialogstrukturen der Beteiligten, welche die Öffentlichkeit einbeziehen. Das gilt für Tarifverhandlungen genauso wie für Bereiche der Mitbestimmung. Lernen können wir von Aktionsformen der GlobalisierungskritikerInnen. Seattle wäre ohne die Kampfkompetenz der Gewerkschaften als Stopp-signal gegen völkerrechtlich legitimierte Konzernimperialismus nicht erfolgreich gewesen, auch die Sozialforen auf unterschiedlichen Ebenen sind ohne Gewerkschaften nicht mehr denkbar.

Es gibt bereits vielfältige Erfahrungen mit neuen Formen der Wahrnehmung eines politischen Mandats durch die Gewerkschaften (vgl. Wolfgang Rose, Klaus-Dieter Schwetzscher). Jüngstes Beispiel ist das erfolgreiche Einwirken von Gewerkschaften auf Wahlkampf und Wahlergebnis in Hessen.

» Mit vielen örtlichen Veranstaltungen, mit Bündnissen und Broschüren, mit Unterschriftenkampagnen und in UnterstützerInnenanzeigen – aber ohne Wahlempfehlung – hatten die Gewerkschaften an die Bürgerinnen und Bürger appelliert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Konzentriert haben sie sich auf Themen, die aus ihrer Sicht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen von Bedeutung sind – Arbeit, Soziales und Bildung. Zwar ist die Wahlbeteiligung trotz eines stark polarisierenden Wahlkampfes gegenüber dem letzten Urnengang leicht gesunken, doch konnte die SPD ein Plus von 7,6% verzeichnen, während die CDU stark mit 12% verliert. Die SPD hat sich in allen Berufsgruppen, außer bei den Selbstständigen, auf Platz 1 schieben können. Knapp 50% der Gewerkschaftsmitglieder haben sich für sie entschieden. Das entspricht einem Plus von 5%. Und somit mehr als doppelt so vielen Stimmenanteilen wie die CDU. Ähnlich den von den Gewerkschaften in den Vordergrund gestellten Themen hatten die WählerInnen unter der Perspektive einer sozialen und ökologischen Moderne drei inhaltliche Aspekte im Blick: nachhaltige Wirtschaft, die Bildungspolitik sowie die soziale Gerechtigkeit. Andrea Ypsilantis SPD ist schon früh mit den Zukunftsthemen Gute Arbeit, Gerechte Bildung und Neue Energien in den Wahlkampf gezogen. Mit einem ursozialdemokratischen und vor allen Dingen progressiven Regierungsprogramm hat sie als erste auf die Übertragung der theoretischen Inhalte des Hamburger Programms in die Praxis gesetzt – und gewonnen. In allen Altersgruppen unter 60 Jahren liegt die SPD jetzt wieder auf Platz 1. Hieraus erwächst die Verpflichtung, gemeinsame Politiken im Diskurs mit den gesellschaftlichen Gruppen, allen voran den Gewerkschaften, umzusetzen. Hessen kann Vorbild sein! ■

⇒ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.  
 ⇒ Mathias Lomb, Gewerkschaftssekretär, aktiv im Kasseler Kreis, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung im LV Hessen, lebt und arbeitet in Kassel.



# Für eine Neuordnung der Agenda nationaler und internationaler Politik

## Ökologische Industriepolitik als Zentrum einer

erneuerten „progressive governance“ | von Matthias Machnig ■ ■

„Progressive Governance“ setzte Ende der neunziger Jahre darauf, auf Trends und Herausforderungen eine politische Antwort zu geben. Wenn es heute um die „Future of progressive governance“ geht, sollten wir eine kurze (Zwischen)Bilanz ziehen.

### □ Widersprüchliche Reformbilanz

„Progressive governance“ war der Versuch, Sozialdemokratie und Marktliberalismus miteinander zu verbünden. Politisch knüpft das Konzept an die Erfahrung an, dass politische Macht nur noch in punktuellen Bündnissen zu organisieren ist und nicht mehr auf strukturelle Mehrheiten bauen kann. Deswegen zielt „progressive governance“ machtpolitisch im Kern auf die Mitte der Gesellschaft, um alte und neue Mittelschichten für die Idee und die Partei der Sozialdemokratie zu begeistern.

» » „Progressive governance“ setzt dabei auf eine neue Synthese von Gerechtigkeit und Modernisierung. Unter der Konstellation der New Economy hatte dabei die Balance von Sozialem und Ökonomie allerdings eine leichte Schlagseite hin zur Wirtschaft. Diese neue Synthese manifestierte sich u.a. in:

- der Verlagerung von Macht und Steuerungsleistung in die Gesellschaft hinein [Deregulierung],
- der Verlagerung von Verantwortung auf das Individuum. [Workfare statt welfare],
- und – damit zusammenhängend – eine veränderte Rolle des Staates [Aktivierender Staat]

» » Das hat eine Zeitlang gut geklappt: in Deutschland, in Großbritannien, in Schweden – ja fast in ganz Europa und in den USA. Heute müssen wir sagen: Die Reformbilanz ist widersprüchlich. Einerseits gelang es, ökonomische Dynamik zu schaffen und einen Kollaps, z.B. der sozialen Sicherungssysteme, zu verhindern. Aber wir sind noch weit davon entfernt, eine neue stabile Konstellation erzielt zu haben. Unter den veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen haben sich die Hoffnungen, die sich mit der Verlagerung politischer Steuerungsmacht in die Gesellschaft hinein verbunden haben, nicht erfüllt.

Auch ideologisch kam mit der Krise des Neoliberalismus die Verknüpfung von liberaler Marktwirtschaft und Sozialdemokratie unter Druck. In der Folge muss es darum gehen, wieder einen stärkeren Fokus auf die soziale Frage zu legen und den Zweiklang von Ökonomie und Sozialem zu erweitern.

### □ Gerechtigkeit als Markenzeichen

Wir brauchen einen Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dabei darf das Markenzeichen der Sozialdemokratie nicht verloren gehen: Gerechtigkeit. Die Sozialdemokratie muss heute für ein Verständnis von Gerechtigkeit stehen, das eng verknüpft ist mit materieller Sicherheit. Das bedeutet auch, neu über die Verteilungsfrage zu sprechen. Das Empfinden über soziale Ungerechtigkeit ist in den vergangenen Jahren rapide gewachsen. Das spiegelt zweierlei:

- eine veränderte, vielleicht auch nur radikalisierter Realität, in der Rekord-Profite und der Abbau von Arbeit Hand in Hand gehen und die Kluft von Arm und Reich immer stärker geworden ist,
- eine tiefe Verunsicherung bei den Menschen. Das veränderte Verhältnis von Staat und Individuum und der Umbau sozialstaatlicher Strukturen hinterlässt Spuren.

» Symptomatisch ist, dass Globalisierung heute kein positiv besetzter Begriff mehr ist. Die Menschen haben das Gefühl, dass die Vorteile bei ihnen nicht ankommen. Die Folgen sind für eine Sozialdemokratie, deren Rolle als Sachwalter sozialer Gerechtigkeit in Frage gestellt wird, gravierend. Wir erleben, dass die Erosion sozialdemokratischer Milieus voranschreitet, ohne dass im Kampf um die „neue Mitte“ diese Verluste kompensiert worden wären. Einerseits erleben wir eine Hinwendung fast aller politischen Kräfte in die sogenannte Mitte, insbesondere die urbanen Mittelschichten. Gerade die Konservativen haben gezielt begonnen, um diese urbane, eher linksorientierte Klientel gezielt zu werben und modernisieren ihre Familien-, Integrations- und Umweltpolitik. Zugleich ist das Gerechtigkeitsthema längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Eine „anything goes“ Mentalität der neunziger Jahre, die durch Aufstiegsorientierung und die Hoffnung auf das schnelle Geld charakterisiert war, ist längst der „Angst vor dem Absturz“ gewichen. Auch die Mitte nimmt die Gesellschaft als zunehmend polarisiert wahr.

„Progressive Governance“ muss unter diesen Bedingungen heißen: Eine Balance von Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu entwickeln, die um ein belastbares Konzept von Gerechtigkeit herum ihre Bündnisse organisiert. Eine starkes, belastbares Konzept von Gerechtigkeit bedeutet: Gerechtigkeit im umfassenden Sinne zu thematisieren, nicht bloß als Chancengerechtigkeit. Es geht um Teilhabe, die materiell abgesichert ist und nicht nur um das Versprechen politischer Teilhabe. Es geht um Gerechtigkeit, die sich mit Sicherheit verknüpft und die die Angst vor dem Absturz ernst nimmt und nicht als Fürsorgementalität denunziert.

## □ Wandel durch Sicherheit

Die Botschaft des alten „progressive governance“-Ansatzes war: „Sicherheit durch Wandel“. Das hieß: Umbau der Sozialsysteme, damit wohlfahrtsstaatliche Leistungen auch in Zukunft finanzierbar sind.

» Der Bedarf an Modernisierung der nationalen Wohlfahrtsregime besteht nach wie vor. Aber diese Botschaft strahlt nicht mehr aus. Sie führt im Gegenteil dazu, dass entweder Traditionalisten und Sozialromantiker an Einfluss gewinnen oder aber konservative Parteien erfolgreich in sozialdemokratischen Gefilden wildern – beides können wir in Deutschland zur Zeit beobachten. Heute muss die Botschaft deshalb lauten: „Wandel durch Sicherheit.“ Die Bereitschaft der Menschen, Veränderung zu unterstützen und zu tragen, hängt davon ab, dass wir nicht falsche Sicherheit versprechen, sondern deutlich machen, dass die Verantwortung nicht allein an Individuen delegiert wird. Nicht allein der ermöglichende Sozialstaat, auch nicht der fürsorgende Sozialstaat, sondern der gewährleistende Sozialstaat muss unsere Vision sein.

Progressive governance braucht progressive government. Der Staat ist wieder rehabilitiert. Die Linke muss deutlich machen: Wir brauchen einen aktiven und einen gestaltenden Staat, der über die nötigen Ressourcen verfügt.

» Die Trennlinie zwischen sozialdemokratischer Politik und konservativer und liberaler Politik wird an der Frage von Gerechtigkeit und Teilhabe sowie an der Rolle des Staates bzw. der Verrechtlichung und Institutionalisierung von internationalen Beziehungen verlaufen.

Der Artikel basiert auf dem Beitrag auf der Konferenz der FES und Policy Network „Social Democracy in Europe“ zum Thema „Realigning the progressive domestic and international Agenda“ am 8. Februar 2008 in London.

»» Das gilt für die Innenpolitik und für die Außenpolitik. Re-Regulierung und die Einbettung von Marktprozessen werden eine entscheidende Herausforderung für progressive governance spielen. Wir können dabei an reale Veränderungsprozesse anknüpfen. Denn wir erleben den Wandel bereits, nicht zuletzt bei Weltbank und IWF. Erinnern wir uns an die neoliberalen Sanierungs- und Strukturierungsprogramme. Das Credo und Voraussetzung für internationale Hilfen war über Jahre und Jahrzehnte: Der Staat muss sich zurückziehen. Jetzt wird selbst dort immer deutlicher, dass ein funktionierender Staat und staatliche Institutionen eine zentrale Voraussetzung für effiziente Armutsbekämpfung sind (post washington consensus).

## □ Ökologische Industriepolitik

Energie und Rohstoffe werden knapper und teurer. Zugleich bedrohen das Bevölkerungswachstum, die nachholende Industrialisierung und ein weltwirtschaftlicher Wachstumsschub unser Ökosystem in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Infolgedessen müssen Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Ökologische Industriepolitik zielt daher auf:

- Technologiesprünge bei den integrierten Umwelt- und Effizienztechnologien, vor allem in den industriellen Kernbereichen Energie und Stoffnutzung,
- „Nachhaltige Industrialisierung“ und einen Industrialisierungssprung auf ein hohes technologisches, ressourceneffizientes Niveau statt der Wiederholung alter Industrialisierungssünden in den Entwicklungs- und Schwellenländern,
- bessere Ausrichtung der Industrie auf die Leitmärkte der Zukunft, insbesondere um heimische Industrie und Arbeitsplätze vor allem nicht gegenüber den USA und Japan ins Hintertreffen geraten zu lassen,
- energetische und stoffliche Umstellung der industriellen Produktionsstrukturen auf knapper werdende Ressourcen.

»» Damit verknüpft sich auch die soziale Dimension – nicht nur zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung. Hohe Energiepreise treffen beispielsweise jene besonders, die ein geringes Haushaltseinkommen haben. Auf internationaler Ebene brauchen wir einen funktionierenden Ordnungsrahmen und starke politische Institutionen, die seine Funktionsfähigkeit garantieren. Verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen, die insbesondere die USA, Indien, China, die EU, Russland und Japan umfassen, sind ein unverzichtbarer Bestandteil jeder künftigen Klimaschutzarchitektur. Aber sie bilden nur ein strategisches Element. Unterhalb dieser Schwelle muss über aktive Formen des Technologietransfers und -exports nachgedacht werden und über die konkrete Ausgestaltung von Technologiekooperationen sowie einer Neuausrichtung der Handelspolitik. Als weiteres Element muss die institutionelle Aufwertung der UNEP hinzukommen.

Die internationale Klimapolitik muss auch Gerechtigkeitsfragen adressieren. Die Länder, die heutzutage am meisten zum Klimawandel beitragen, weil sie ungleich mehr Treibhausgase emittieren als andere, werden aller Voraussicht nach weniger unter den Folgen zu leiden haben als jene, die zum globalen Klimawandel so gut wie gar nichts beitragen. Jene Länder dagegen, die am meisten unter den Folgen zu leiden haben, verfügen zugleich über die geringsten Mittel für kostspielige Anpassungsmaßnahmen. Die Umwelt- und Klimapolitik ist ein Testfeld für innovatives und erfolgreiches Regieren im 21. Jahrhundert – und damit für die Zukunft von „progressive governance“. Am Beispiel des Klimawandels wird deutlich, wie sehr die ökologische Frage inzwischen auch eine ökonomische und soziale Frage ist. Der Markt alleine wird den Klimawandel nicht aufhalten. Nicht zu Unrecht hat Nicholas Stern vom größten Marktversagen aller Zeiten gesprochen. Deswegen steht auch der Neoliberalismus der Klimakatastrophe so hilf- und tatenlos gegenüber. Wir brauchen deshalb eine aktive Politik und einen Staat, der als Pionier wichtige Wege weist. ■

↳ Matthias Machnig, ist Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

## Gesundheitsfonds nicht SPD-kompatibel

von Fritz Riege



### □ I. Ein komplexer ExpertInnen-kompromiss

Die Gesundheitsreform 2007 (Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung) hat eine Reihe von Leistungsverbesserungen sowie eine Erweiterung des Versicherungsschutzes und einige neue Vertragsregelungen gebracht, die aus sozialdemokratischer Sicht im Wesentlichen zu begrüßen sind. Hier hat die Gesundheitsministerin Lob verdient. Um eine längerfristige Stabilisierung der Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu erreichen und um die Zustimmung des Koalitionspartners CDU/CSU zu dieser Reform zu gewinnen, wurde darüber hinaus ein zentraler Gesundheitsfonds im Gesetz vorgesehen. Zum 1. Januar 2009 soll dieser Fonds mit seinen Begleitregeln eingeführt werden bzw. in Kraft treten.

Foto: www.fotolia.de, © gourmecana design



Die Idee für diesen Fonds stammt nicht von den politischen Akteuren, die sich monatelang über den Inhalt der Reform gestritten haben, sondern von einem sogenannten „Experten-gremium“. Dieser Vorschlag machte den Weg für Ministerium und Koalitionspartner von SPD und CDU/CSU für einen gemeinsamen Gesetzesentwurf frei, in dem die grundsätzlich gegensätzlichen Ausgangspositionen der beiden Lager einen vorläufigen Kompromiss fanden. Der für manchen Abgeordneten überraschende Charme dieses Vorschlages lag in dem Versprechen, dass dieses Modell

- zu einem bundesweit gleichen Beitragssatz aller GKV-Kassen führe,
- mehr Wettbewerb unter den Kassen erzeuge,
- zu Sparanstrengungen der Kassen anreize und schließlich,
- die Entschuldung überschuldeter GKV-Kassen bewirke.

Nach diesem Modell sollen die Kassen ihre nach wie vor von Versicherten und Arbeitgebern aufgebraachten Beiträge an einen Fonds abliefern. Diese erhalten aus dem Gesundheitsfonds eine Grundpauschale pro Versichertem, außerdem einen alters-, geschlechts- und risikoabhängigen Zuschlag. Ein morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich innerhalb des Gesundheitsfonds soll die zwischen den Kassen ungleich verteilte Krankheitsbelastung der Versicherten ausgleichen. In den Fonds fließen außerdem Steuermittel für gesamtgesellschaftliche Leistungen von anfangs im Jahr 2,5 Milliarden Euro, über 4 Milliarden Euro und danach mit jährlichen Steigerungen bis zu 14 Milliarden Euro. Der Gesetzgeber beziffert die Kosten der gesamtgesellschaftlichen Leistungen, insbesondere die familienpolitisch erwünschte Familienkrankenversicherung, in dieser Höhe.



Die oben genannte Pauschale soll allerdings nicht den vollen Mittelbedarf der GKV-Kassen abdecken, sondern nur 95%. Krankenkassen, die mit diesen Mitteln nicht auskommen, sind zu Sparmaßnahmen gezwungen, so z.B. bei freiwilligen Leistungen oder im Verwaltungsablauf, bei Personal oder bei Geschäftsstellen.

Wollen oder können sie keine Einsparungen vornehmen, so dürfen (bzw. müssen) die Kassen ab dem Jahre 2009 einen Zusatzbeitrag erheben, der pauschal oder prozentual in Bezug auf das jeweilige Einkommen berechnet werden darf. Kassen, die Überschüsse erwirtschaften, können diese an die Mitglieder auszahlen. Der Zusatzbeitrag geht allein zu Lasten der Versicherten.

Eine im wesentlichen vom Freistaat Bayern initiierte Konvergenzklausel soll sicherstellen, dass aus keinem Bundesland durch die Einführung des Gesundheitsfonds mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr in andere Länder abfließen. Das Bundesversicherungsamt geht allerdings davon aus, dass dieser Betrag derzeit von keinem der Bundesländer erreicht wird.

## □ II. Gesundheitsfonds begünstigt Kopfpauschalenmodell

Dieses hochkomplexe und zu Bürokratisierung sowie zu Manipulationen und Endlosstreitereien zwischen Fonds und Einzelkassen, Fonds und Länderverwaltungen, Einzelkassen gegen Einzelkassen – führende Instrument wurde den Abgeordneten als nur vorläufige Entscheidung gepriesen. Dadurch würde weder das SPD-Projekt für eine soziale Bürgerversicherung noch das CDU/CSU-Projekt für eine Kopfpauschale mit sozialer Absicherung verhindert oder präjudiziert. Der Fonds sei parteipolitisch neutral. Man könne mit ihm sowohl den einen als auch den anderen Weg gehen, er würde die Entwicklung auf beiden Wege sogar beschleunigen.

Diese Behauptung trifft nach meiner Meinung nur für das CDU-System zu, denn man kann in der Tat eine angemessene einheitliche Kopfpauschale pro Versicherten im gesamten Bundesgebiet über eine Zentralberechnung ermitteln. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe des SPD-Parteivorstandes unter Vorsitz von Andrea Nahles zur „Solidarischen Bürgerversicherung“ (Stand September 2004) sieht hingegen nach wie vor unterschiedliche Beitragssätze von GKV- Kassen vor. Der Wettbewerb verläuft

danach nicht nur über Qualität und Leistungen, sondern durchaus – wenn auch nicht prioritär – über den Beitrag. Ein einheitlicher Grundbeitragsatz ist für die Bürgerversicherung keine *conditio sine qua non*.

» Also sind es mehr die Konservativen, die ein Interesse an der Einführung des Gesundheitsfonds per 1. Januar 2009 haben und nicht die Sozialdemokraten. Einzelne Kassen und Kassenverbände sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften laufen zudem Sturm gegen dieses Fondsmodell (vgl. DGB, Gesundheitsreform, Tipps für Versicherte, Berlin, Stand 1. April 2007). Die Gründe dafür sind hierunter beschrieben.

## □ III. Konvergenzklausel zementiert ungleiche Lebensverhältnisse

Zum ersten ist dies sogenannte „Konvergenzklausel“ im Spiel zwischen den „reichen und armen“ Bundesländern geradezu ein Hohn. Sie zementiert uneinheitliche Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Klausel führt nicht zu dem nach Art. 107 Abs.2 Grundgesetz vorgesehenen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Bundesländern, sie zielt vielmehr auf das Gegenteil davon. Was ist das auch für ein Unsinn für eine bundesweite Sozialversicherung mit vielen bundeseinheitlichen Krankenkassen? Gemäß Artikel 74 Abs.1 Ziff.12 GG gehört die Sozialversicherung in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung und das Sozialgesetzbuch V ist ein Bundesgesetz. Was also hat hier der bayrische Landesegoismus zu suchen? Und wir wissen es doch alle: Es ging der Ministerin eigentlich nur darum, den lange störrischen ehemaligen Ministerpräsident Edmund Stoiber für eine Reform zur Erhaltung der GKV zu gewinnen. Ein Glück nur, dass das Bundesversicherungsamt festgestellt hat, dass die Konvergenzklausel zur Zeit obsolet ist, sonst müssten nämlich Mecklenburg- Vorpommern oder Bremen sofort vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.



Fotos: Christian Kiel



#### □ IV. Bürokratie- und Missbrauchsanreize

Weit problematischer aber ist die Bürokratie und sind die Missbrauchsanreize, die dem Gesundheitsfonds eigen sind. Da wird Geld von A nach B überwiesen, um danach nach einem wilden Gezerre über Alters-, Geschlechts- und Abhängigkeit von Krankheitsrisiken wieder vermindert oder vermehrt von B nach A zurücküberwiesen zu werden. Dies mag alles Mögliche fördern; die Eigenverantwortung der GKV-Kassen über die Bewirtschaftung ihrer Mittel fördert es jedenfalls nicht. Vielmehr reizt ein anonymer Fonds dazu, von ihm soviel wie möglich zu profitieren.

Schon heute, unter dem sogenannten EOKÜR-SA, dem „einnahmeorientierten, Kassenarten übergreifenden, Risikostrukturausgleich“ bemühen sich die Kassen, möglichst viele ihrer Versicherten für Sonderprogramme für chronisch Kranke, die Pluspunkte beim Risikostrukturausgleich einbringen, zu werben. Wer z.B. nach ärztlicher Diagnose auch nur im Entferntesten dafür infrage kommt, an einem Behandlungsprogramm für Diabetes mellitus, Typ 2, teilzunehmen, wird gezielt von geschulten Sachbearbeitern darauf angesprochen, um sich entsprechend behandeln zu lassen und der Kasse damit eine Gutschrift einzubringen. Bei einer Aussicht auf Zuschläge vom Gesundheitsfonds wird es daher lange Listen von Versicherten bei den Einzelkassen geben, die als zuschlagsberechtigt gemeldet werden; denn eine Kasse mit hohen Zuschlägen steht am Ende finanziell besser da als eine solche mit „normalem Risikobereich“. Erfahrungsgemäß gibt es dann zwar Deckelungen, aber auch verwaltungsmäßige und gerichtliche Auseinandersetzungen wegen der Überschreitung von Durchschnittswerten. Insoweit darf sich niemand über die Zweckmäßigkeit verordneter Ausgleichsinstrumente Illusionen machen.

#### □ V. Kassenfusionen und stärkere Steuerfinanzierung ohne Fonds möglich

Der durch die Gesundheitsreform 2007 auf überschuldete Kassen ausgeübte Druck zum Schuldenabbau oder zur Fusion mit anderen Kassen ist hingegen ausdrücklich zu begrüßen. Eine gesunde GKV muss immer bestrebt sein, Einnahmen und Ausgaben auf gleiche Höhe zu bringen, dazu braucht man keine zentrale Beitragssammelstelle.

» Auf der positiven Seite steht ebenso die lange umstrittene Steuerfinanzierung von Leistungen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Es bleibt allerdings leider die Frage offen, wann der notwendige Zuschuss von 14 Milliarden Euro erreicht wird. Denn solange müssen die Beiträge der Versicherten große Teile gesamtgesellschaftlicher Aufgaben finanzieren. In diesem Zusammenhang wird auch die Verteilung dieser Mittel auf die Einzelkasse diskutiert. Das gleiche Problem entsteht, wenn es gelingt, der privaten Krankenversicherung (PKV) einen Solidarbeitrag für die GKV abzurufen. Ich sehe für beide Fälle keine Notwendigkeit, einen zentralen Gesundheitsfonds zu bilden. Im ersten Fall genügt die Meldung der Anzahl der Familienversicherten pro Kasse als Schlüssel für die Zuweisung von Steuermitteln. Im zweiten Fall kommt eine pauschale Verteilung von PKV-Mitteln infrage.

## □ VI. Zusatzbeitrag untergräbt paritätische Finanzierung und benachteiligt Einkommensschwache

Gänzlich gegen den Strich geht aber einem Sozialdemokraten der allein vom Versicherten zu erhebende Zusatzbeitrag. Dieser Beitrag untergräbt weiter das schon an manchen Stellen durchlöcherte Prinzip der paritätischen Finanzierung der GKV, d.h. Versicherte müssen immer mehr Beiträge im Verhältnis zu den Arbeitgebern zahlen. Aus diesem Grunde erleben wir an diesem Punkt die härteste Gegenwehr der Gewerkschaften. Darüber hinaus erwartet der DGB in seiner Kritik an dem Zusatzbeitrag, dass dieser nicht nur prozentual sondern auch pauschal zum Einkommen der Versicherten erhoben werden kann, und dass dadurch Einkommensschwache gegenüber Einkommensstarken benachteiligt sind.

» Selbst die im Gesetz vorgesehene und von der SPD gegen den Koalitionspartner erstrittene Begrenzung eines möglichen Zusatzbeitrages ist nicht als optimal zu bewerten, denn Kleinstverdiener werden immer noch unverhältnismäßig stark von möglichen Zusatzbeiträgen betroffen. Ein wenig wirkt es weiterhin fast wie Hohn, wenn gutsituierten Kassen die Auszahlung ihrer Überschüsse in Aussicht gestellt wird. Zum einen wird es sich dabei auf Dauer entweder um seltene Ausnahmen oder um Kassen mit einem total abgemagerten Leistungskorsett handeln, zum anderen aber wird dadurch unsolidarisches Handeln in der GKV begünstigt.

Vollends in Nebel löst sich aber das Versprechen auf, es gäbe mit dem Gesundheitsfonds einen einheitlichen Beitragssatz in der Bundesrepublik Deutschland, denn die Einheitlichkeit gilt nur für den Grund- nicht aber für den Gesamtbeitrag und für den Versicherten ist die Unterscheidung in Grund- und Zusatzbeitrag letztlich unerheblich. Er erlebt vielmehr ein buntes Bild der verschiedensten Kassenbeiträge, von denen er selbst immer mehr zu buckeln hat.

» Warum aber soll sich die SPD einer solchen Kritik länger aussetzen, hat sie doch ein attraktives neues Modell der Bürgerversicherung entwickelt, das solche Hürden nicht kennt. Grosse Koalitionen wären nicht ewig und mit ihren Lasten muss man sich nicht bis in alle Zukunft beschweren. Und sollte der Termin 1. Januar 2009 wirklich für die CDU die Sollbruchstelle bedeuten, dann wird uns das nicht umbringen. Wir müssen als Linke ohnehin im Rahmen der sozialen Bürgerversicherung ein Vertragssystem zur Bezahlung von GKV- Gesundheitsleistungen erstellen, das nicht in erster Linie alle Gesundheitsanbieter ausreichend durch Versichertenbeiträge alimentiert, sondern vornehmlich die wirtschaftliche Lage der Versicherten im Auge hat. ■

↳ Dr. Fritz Riege, war Sozialstaatssekretär in Niedersachsen und früher Vertragsreferent bei der Arbeitsgemeinschaft niedersächsischer GKV-Kassen. Er lebt in Celle.

**LINKE?**  
Bei uns schon  
seit 1863!

**Mitglied werden!**

**DL 21**

Forum demokratische Linke  
Die Linke in der SPD

[www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

## Personen & Positionen

### □ Björn Böhning mit großer Mehrheit zum DL-Sprecher gewählt

Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Forum DL21 wurde Björn Böhning mit 59 von 66 abgegebenen Stimmen zum neuen Vorsitzenden des Forum DL21 gewählt. Damit löst er die Gründungs-vorsitzende Andrea Nahles ab, die mit großem Dank und Applaus verabschiedet wurde.

Als Stellvertreter bestätigt wurde der Hamburger Bundestagsabgeordnete Niels Annen mit 58 von 61 abgegebenen Stimmen.

Als BeisitzerInnen gehören dem Vorstand an: Iris Gleicke (Thüringen), Marc Herter (NRW), Ulrike Hiller (Bremen), Stephan Klecha (Niedersachsen), Christian Kleiminger (Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Jens Klocksinn (Brandenburg), Christian Kühbauch (Berlin), Christine Lambrecht (Hessen), Hilde Mattheis (Baden-Württemberg), Dr. Holger Poppenhäger (Thüringen), Florian Pronold (Bayern), Mark Rackles (Berlin), Christoph Strässer (NRW). In der konstituierenden Sitzung des Vorstands kooptiert wurden Andrea Nahles (stellv. SPD-Vorsitzende), Ernst-Dieter Rossmann (Sprecher Parlamentarische Linke), Franziska Droschel (Juso-Bundesvorsitzende) sowie Burkhard Zimmermann (AK Frieden).

► Infos: [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de).



☞ Andrea Nahles und ☞ Björn Böhning auf der DL21-Mitgliederversammlung am 15.02.2008

Fotos: Thomas Gutsche

### □ Strategiekonferenz: Wie muss sich die SPD in Baden-Württemberg aufstellen?

Das Forum DL21 in Baden-Württemberg lädt zu einer Strategiekonferenz zur Lage der SPD in Baden-Württemberg in das DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20, ein. Mit Prof. Dr. Gerd Mielke (Politikwissenschaftler Uni Mainz), der hessischen SPD Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, dem neuen SPD Fraktionsvorsitzender Landtag Baden-Württemberg, Claus Schmiedel, und Ute Vogt, SPD Landesvorsitzende Landesverband Baden-Württemberg, soll diskutiert werden, welche Maßnahmen umgesetzt werden müssen, um in Baden-Württemberg als Sozialdemokratie Politik gestalten zu können.

## □ Neues Vertrauen durch glaubwürdige Politik: Politische Merkpunkte 2008 der Parlamentarischen Linken

Die Parlamentarische Linke hat am 15. Februar ihre Themen für 2008 vorgelegt. Damit nehmen sie positiven Bezug auf die Ergebnisse des Hamburger SPD-Parteitages sowie den „offensiven und profilierten Wahlkampf“ der Hessen-SPD, mit dem es gelungen sei, „Vertrauen bei Wählerinnen und Wählern zurück zu gewinnen. Die hessische Landtagswahl liefert damit wichtige Anhaltspunkte für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik.“

Politik für soziale Gerechtigkeit sei keine Klientelpolitik, heißt es in dem Papier. Der links-sozialdemokratisch geprägter Politikentwurf der Hessen-SPD habe erfolgreich die Mitte der Gesellschaft erreicht: „Gute Arbeit, gute Bildung, sozialer Ausgleich, konkret: faire Entlohnung, wirksame Arbeitnehmerrechte, längeres gemeinsames Lernen, Abschaffung von Studiengebühren und eine effektive Armutsbekämpfung sind keine Randthemen, sondern stehen im Zentrum der Erwartungshaltung der Mehrheit der Bevölkerung an eine solidarische Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit und Zukunftschancen für alle sind die erfolgreiche Kernbotschaft der SPD.“

► **Download:** [www.parlamentarische-linke.de](http://www.parlamentarische-linke.de).

## □ Konsequenteres Vorgehen gegen Steuerflucht

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat einen „Aktionsplan zur Schließung von Steueroasen“ vorgelegt und die Bundesregierung sowie die anderen EU-Staaten aufgefordert, endlich finanz- und außenpolitisch wirksam gegen Steuerflucht aktiv zu werden. „Steuerflucht zu bekämpfen, ist möglich. Es ist eine Frage des politischen Willens“, betonte der Attac-Steuerexperte Sven Giegold, der den Aktionsplan am 20. Februar gemeinsam mit den beiden prominenten Attac-Mitgliedern Heiner

Geißler (ehemaliger CDU-Generalsekretär) und Björn Böhning (Sprecher der SPD-Linken) in Berlin vorstellte. Weder die rot-grüne Bundesregierung noch die große Koalition hätten diesen Willen bisher gezeigt. „Die Bundesregierung muss endlich den Konflikt mit den Steueroasen inner- und außerhalb der EU angehen“, forderte Sven Giegold.

Diese Auseinandersetzung habe die Bundesregierung bisher gescheut, kritisierte Heiner Geißler. Stattdessen seien in Deutschland in den vergangenen Jahren die Steuern auf Zinsen, Dividenden und Unternehmensgewinne stetig gesenkt worden, während die Abgaben und Steuern für Arbeitnehmer und Konsumenten stiegen. Die Folge sei wachsende soziale Ungleichheit. Die durch Steuerflucht geschädigten Länder müssten sich endlich mit anderen betroffenen Staaten auf Sanktionen gegen die Steueroasen einigen und die Steuerfahndung personell verstärken. Innerhalb der EU seien gemeinsame Mindeststeuersätze und Steuerbemessungsgrundlagen notwendig.

„Die Verhinderung von Steuerhinterziehung ist keine Frage von Managermoral, sondern eine Aufgabe für Politik und Justiz. Wir brauchen konsequente Schritte zur Bekämpfung von Steueroasen“, ergänzte Björn Böhning. Dazu gehöre in Deutschland die Einschränkung des Bankgeheimnisses ebenso wie eine Bundessteuerverwaltung. Auf europäischer Ebene müsse Deutschland alles tun, damit Kapitaltransfers effektiv kontrolliert werden. Björn Böhning: „Denn es scheint leider so, dass in einigen Bereichen der deutschen Geldelite jegliches Schuldbewusstsein verloren gegangen ist.“

► **Aktionsplan:** [www.attac.de/steueroasenschliessungsplan/](http://www.attac.de/steueroasenschliessungsplan/)

□ **3. „Bund-Länder-Treffen“ des Forum DL21 zu „Gleichwertige Lebensverhältnisse und Schuldenbremsen: Wohin steuert der Föderalismus?“**

Zu einem Meinungsaustausch über die Konsequenzen aus der Föderalismus-II-Reform trafen sich am 07. und 08. März im Bundestag Abgeordnete zum „3. Bund-Länder-Treffen“ des Forum DL21. Im Mittelpunkt stand dabei die Auseinandersetzung um die Einführung einer Schuldenbremse, die von der SPD-Linken deutlich abgelehnt wird. Dazu hatten DL21-Sprecher Björn Böhning und sein Stellvertreter Niels Annen im Januar 2008 bereits ein Papier vorgelegt.

Eingeleitet wurde die Tagung Freitagabend durch eine kritische Auswertung von Prof. Dr. Felix Welti zur sogenannten Föderalismus-I-Reform, mit der eine klarere Gesetzgebungsstruktur zwischen Bund und Ländern herbeigeführt werden sollte. Am Samstagmorgen leitete Dr. Dieter Vesper, vom DIW die Debatte zur Schuldenbremse ein. Mit ihm diskutierten Dr. Ralf Stegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein sowie der Berliner Finanzsenator, Dr. Thilo Sarrazin. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister und jetzige Bundestagsabgeordnete Ortwin Runde, der Parlamentarische Geschäftsführer der sächsische SPD-Landtagsfraktion, Stefan Brangs, und der Hannoveraner Oberbürgermeister Stephan Weil formulierten Ansprüche an die Föderalismus-II-Reform aus Sicht von Bund, Ländern und Kommunen.

► **Ergebnisse der Tagung:** [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de)

□ **„Gute Arbeit - Aufgabe für Politik und Gewerkschaften“, Tagung des Kasseler Kreises vom 14.- 16. März in Berlin**

Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben eine lange gemeinsame Tradition. Seit über 100 Jahren kämpfen sie für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen – die einen in den Betrieben, die anderen im Parlament. Auch in spw haben wir in der Vergangenheit darauf hinweisen müssen, dass die Querverbindungen zwischen Arbeitnehmervertretung und Partei immer weniger werden und der übergreifende Dialog kaum noch stattfindet. Um diesen Dialog zu fördern, veranstaltet der Kasseler Kreis gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung die Tagung „Gute Arbeit – Aufgabe für Politik und Gewerkschaften“. Im Mittelpunkt der Tagung steht die Auseinandersetzung mit:

- der Prekarisierung und atypischen Beschäftigung
- der Weiterbildungspolitik in Gesellschaft und Betrieb
- der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und
- dem alternsgerechten Arbeiten.

Es diskutieren u.a. DGB-Vorsitzender Michael Sommer, Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, die stellv. SPD-Vorsitzende und spw-Mitherausgeberin Andrea Nahles und Detlev Wetzel.

► **Tagungsort:** Bildungsstätte der IG Metall, Berlin, Am Pichelsee.

► **Anmeldung:** umgehend an: [ilona.denk@fes.de](mailto:ilona.denk@fes.de)



□ **SPW-Frühjahrstagung „Gestaltung der Arbeit: Aufstieg, Qualifizierung, gute Arbeit!“**

Auch im spw-Zusammenhang steht das Thema „Gute Arbeit“ im Mittelpunkt der Frühjahrstagung vom 18.-19. April in Springe. Das Thema steht in dem Kontext der Diskussion um moderne Arbeits- und Lebensweisen und biographische Selbstbestimmung. Dabei soll das Thema entlang dreier Themenkomplexe diskutiert werden:

- Strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt: Wie hat sich der Arbeitsmarkt tatsächlich verändert? Inwieweit gibt es einen Zuwachs prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wie verändern sich Arbeitszeiten, Löhne etc.?
- Veränderung von Erwerbsbiographien: Was bedeutet dies in biographischer Perspektive? Inwieweit gibt es im Arbeitsmarkt soziale Mobilität? Mit welchen Handlungsressourcen sind Arbeitnehmer ausgestattet, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können? Welche benötigen sie?
- Politische Regulierung: Wie kann und muss regulativ auf diese Veränderungen reagiert werden? Welche politisch-strategischen Ansatzpunkte gibt es?

Als ReferentInnen zugesagt haben Björn Böhning, Claudia Weinkopf (Institut für Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen), Holger Alda (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen und Yasmin Fahimi (IGBCE).

- ▶ **Tagungsort:** Heimvolkshochschule Springe, Kurt-Schumacher-Str. 5, 31832 Springe.
- ▶ **Anmeldung:** möglichst bis zum 11. April 2007 bitte an: [verein@spw.de](mailto:verein@spw.de)
- ▶ **Teilnahmebeitrag:** beträgt 30 Euro mit und 20 Euro ohne Übernachtung, Mitglieder ohne Einkommen zahlen die Hälfte.

□ **Was können wir von Skandinavien lernen?**

Immer wieder werden Reformen in anderen Ländern zum Vorbild für die eigene Politik erhoben. Für die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion hat DL21-Geschäftsführer und spw-Chefredakteur Reinhold Rünker nun ein Thesenpapier „Was können wir von Skandinavien lernen“ vorgelegt, in der er sich gegen eine unkritische Übernahme von politischen Konzepten ausspricht, auch wenn zweifellos viel aus den skandinavischen Erfahrungen gelernt werden könne. Voraussetzung dafür sei aber, dass es auf der „Metaebene“ – also der Diskussion über den Sozialstaat – eine offensive und positivere Bezugnahme auf sozialstaatliche Regelungen geben müsse. Außerdem benötigen sozialstaatliche Reformen in Deutschland einer neuen makroökonomischen Rahmensetzung, die auch die vorhandenen Potenziale der Binnenmarktnachfrage mobilisiert.

Das Papier, das im Vorgriff auf ein für den März geplantes umfangreichere Ausarbeitung erschienen ist, kann bei der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion abgefordert werden.

▶ **Info:** [parlamentarische.linke@bundestag.de](mailto:parlamentarische.linke@bundestag.de)



↳ Reinhold Rünker, legt für PL Thesenpapier zum Sozialstaat vor.

Foto: Thomas Gutsche

## 5 Fragen an ... Paul Levi

Ein fiktives Gespräch



zum 125. Geburtstag



↳ Paul Levi,  
Paul Levi (1883-1930),  
Begründer der spw.

Foto: FES, Archiv der sozialen  
Demokratie

**spw:** Die „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft“ existiert heute – 85 Jahre nach der ersten Gründung – immer noch. Was ist der Unterschied zu Deinem Konzept?

” **Paul Levi:** Die spw, wie sie von 1923 bis 1928 erschien, war eine Korrespondenz, wöchentlich mit 8 Seiten, die einen relativ kleinen Leser- und Abonnentenkreis hatte. Es war ein Blatt, um Einfluss zu nehmen auf die Köpfe in der Sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften und in den vielen oppositionellen Gruppen, die sich zwischen der SPD und der KPD immer wieder neu formierten. Wir hatten als Marxisten die Möglichkeit und die Aufgabe, das zu suchen, was hinter den jeweils geläufigen politischen Schlagworten steckte. Das machte uns nicht immer beliebt bei den Genossen. Über die Länge der Beiträge in der erneuerten spw kann ich nicht klagen, die Beiträge in meiner spw waren durchweg viel kürzer.

**spw:** Welche Erfahrungen hast Du mit großen Koalitionen gemacht?

” **Paul Levi:** In der Weimarer Republik habe ich zwei große Koalitionen mitgemacht – die von 1923 und die von 1928-30. Beide Male waren diese Regierungen nur mäßig erfolgreich, den Ruhm für die wirklich wichtigen Aktionen, etwa die Überwindung der Hyperinflation in Deutschland von 1923, die Rudolf Hilferding (der erste und einzige Marxist, der in Deutschland je Minister wurde), vorbereitet hatte, haben andere eingestrichen. Große Koalitionen haben nie viel bewegt. Koalitionsprogramme in Deutschland waren seit jeher armselig: ein paar zusammengesuchte, mehr

technische als politische Phrasen. Große Koalitionen kommen dem Hang zur Staatsmännerei entgegen, jener fatalen Neigung, sich möglichst viele Wege offen halten, auch die zurück zu allen früher begangenen Fehlern. Auf Dauer wirkt die Große Koalition lähmend auf jede Politik – ganz besonders auf den politischen Willen und das politische Denken der großen Masse des Volkes, die die Sozialdemokratie repräsentieren sollte.

**spw:** Du warst immer Grenzgänger zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung. Glaubst Du, dass es irgendwann wieder eine vereinigte Linke geben kann?

” **Paul Levi:** Man kann an dem sozialdemokratischen Charakter unserer gegenwärtigen Partei sehr ernste Kritik üben und man kann ihn sogar in Zweifel ziehen. Parteien haben keinen Ewigkeitswert, aber sozialistische Parteien – und dazu gehört auch die deutsche Sozialdemokratie – haben eine große historische Aufgabe zu erfüllen, die weit über die Tagespolitik hinausgeht. Sie sollen jene große Transformation vorbereiten und vorantreiben, die uns eines Tages über die gegenwärtige Gesellschaft, über das Wirtschaftssystem des Kapitalismus hinaus führen wird. Eine Vereinigte Linke muss es nicht unbedingt geben, wohl eine dauerhafte Kooperation auf der Linken. Wer sie zusammen halten will, der muss das lebendig halten, was allen Sozialisten und Sozialdemokraten gemeinsam ist: den Willen, die antikapitalistische Sehnsucht nach einer neuen, gerechteren Gesellschaft, die bei unseren Anhängern und Wählern noch immer vorhanden ist, in klares politisches Handeln, Handeln über den Tag hinaus zu über-

setzen. Nur das unterscheidet die Sozialdemokratie wie jede andere Partei der Linken von jeder beliebigen bürgerlichen Reformpartei.

**spw:** Du hast einmal gesagt, dass die Sozialdemokratische Partei das ist, „was die sind, die in ihr stehen“. Was ist sie dann heute?

„**Paul Levi:** Eine politische Massenorganisation, in der Unklarheit und Verwirrung herrschen, die nicht mehr genau weiß, was sie will. Weil der Sozialdemokratie die Idealisten, die angeblich „unpraktischen Sozialisten“ davon laufen, droht sie, im reinen Pragmatismus des politischen Tagesgeschäfts zu versinken und sich dem zu unterwerfen, was im überaus beschränkten ideologischen Horizont der bürgerlichen Parteien als „seriös“ und „solide“ gilt. Sozialisten sollen und müssen aber die bürgerliche Politik radikal und rücksichtslos kritisieren, sonst bewegt sich gar nichts. Wer die Rolle des Volksvertreters wirksam spielen will, der muss die „kleinen Leute“, wie sie in der Partei noch stets genannt werden, genau kennen, und darf sich auch nicht scheuen, sie zu erziehen. Man soll den Leuten aufs Maul schauen, wie Luther gesagt hat, aber ihnen nicht nach dem Mund reden.

**spw:** Du warst immer dafür, die Möglichkeiten und Potenzen des parlamentarischen Kampfes zu nutzen. Auf welche Möglichkeiten sollten wir heute setzen?

„**Paul Levi:** Die Sozialisten sollen das alte und zynische Wort Lügen strafen, wonach Politik die Kunst sei, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht. Deshalb ist die kluge Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion für die Linke lebenswichtig. Alle demokratischen Sozialisten halten die Demokratie nicht nur für einen hohen Wert, sondern betrachten sie als eine politische Form, die ihre große Zeit noch vor sich hat, vor allem im Blick auf die Wirtschaftsdemokratie, das notwendige Gegenstück zur politischen Demokratie. Für uns ist die Demokratie eine „ausdehnungsfähige“, entwicklungsfähige politische Form, wie Marx gesagt hat. Ich selbst habe das Parlament als Rednertribüne oft genutzt und mit Erfolg. Nichts spricht gegen eine Regierungsbeteiligung von Sozialisten, solange sich dadurch die Gesamtrichtung der Politik verändern lässt. Solange wir und unsere Anhänger nicht vergessen, dass wir eine Welt zu gewinnen und zu verändern haben, die heute radikale Veränderungen nötiger denn je hat.

↳ Die Fragen stellte Alexandra Kramm.

↳ Die Antworten entwickelte Michael R. Krätke auf der Grundlage von Levis dokumentierten Reden und Schriften.

## ■ Paul Levi (1883 - 1930): Begründer der spw

Paul Levi wurde am 11. März 1883 in Hechingen geboren und wuchs in einer bürgerlichen, antimonarchistischen Familie auf. Er studierte Jura und arbeitete seit 1909 als Rechtsanwalt in Frankfurt, wo er im gleichen Jahr der SPD beitrug. Er war eng mit Rosa Luxemburg befreundet, die er in politischen Prozessen als Rechtsanwalt vertrat. 1918/19 gehörte Paul Levi zusammen mit ihr und Karl Liebknecht zu den Gründern der KPD, nach der Ermordung des KPD-Vorsitzenden Leo Jogiches wurde er selbst KPD-Vorsitzender.

Im März 1921 trat er aus Protest gegen die von ihm kritisierte „Putschismus“-Strategie des KP-Vorstandes zurück und wurde daraufhin aus der KPD ausgeschlossen. 1923 gründete er die „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ als wöchentliche Korrespondenz, nachdem er wieder in die SPD eingetreten war. Fünf Jahre später fusionierte „spw“ mit der Zeitschrift „Der Klassenkampf“, deren Redaktion Paul Levi bis zu seinem Tod am 09. Februar 1930 angehörte. Viele Jahre war Paul Levi Reichstagsmitglied sowohl für die SPD als auch die KPD.